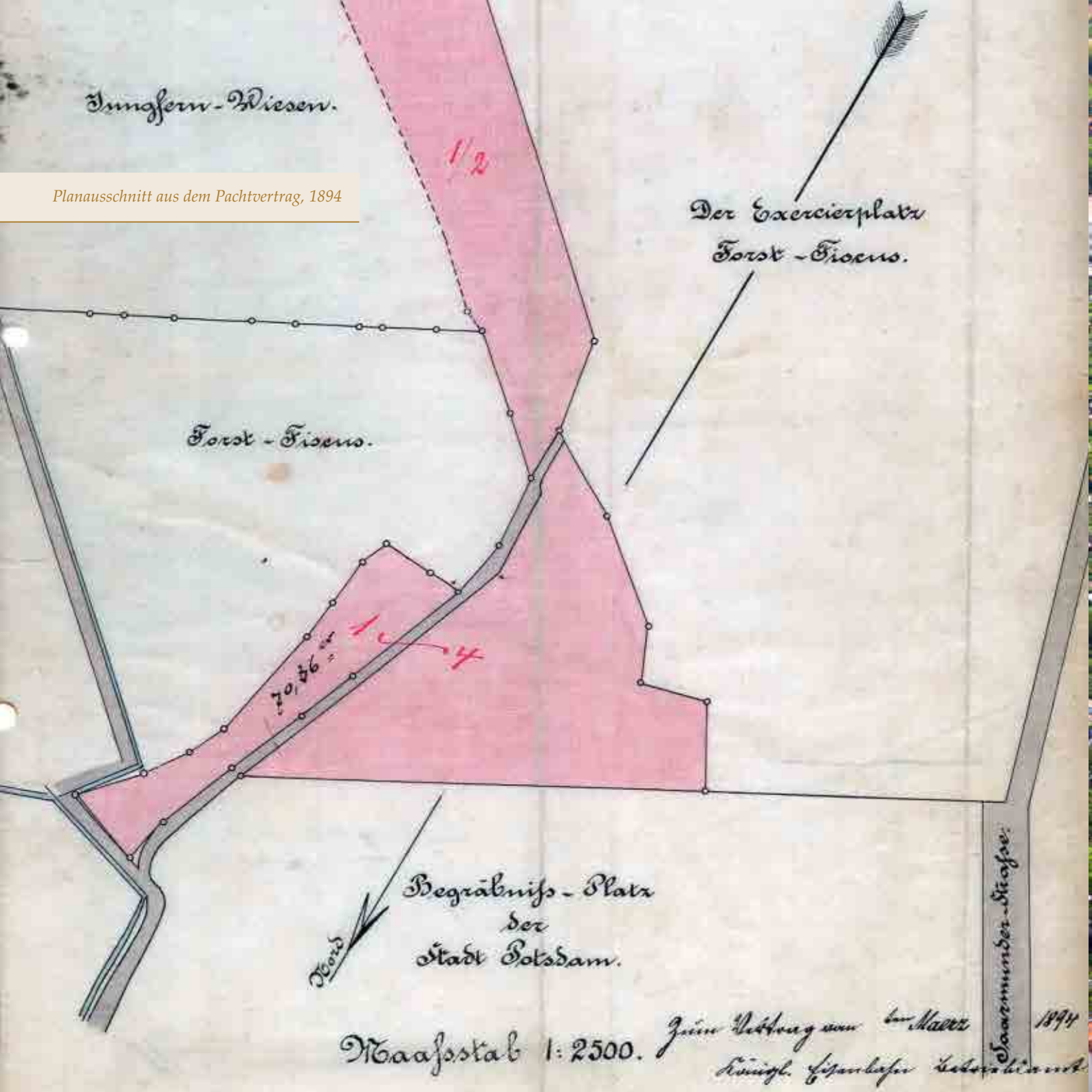
DIE CHRONIK 1894–2014



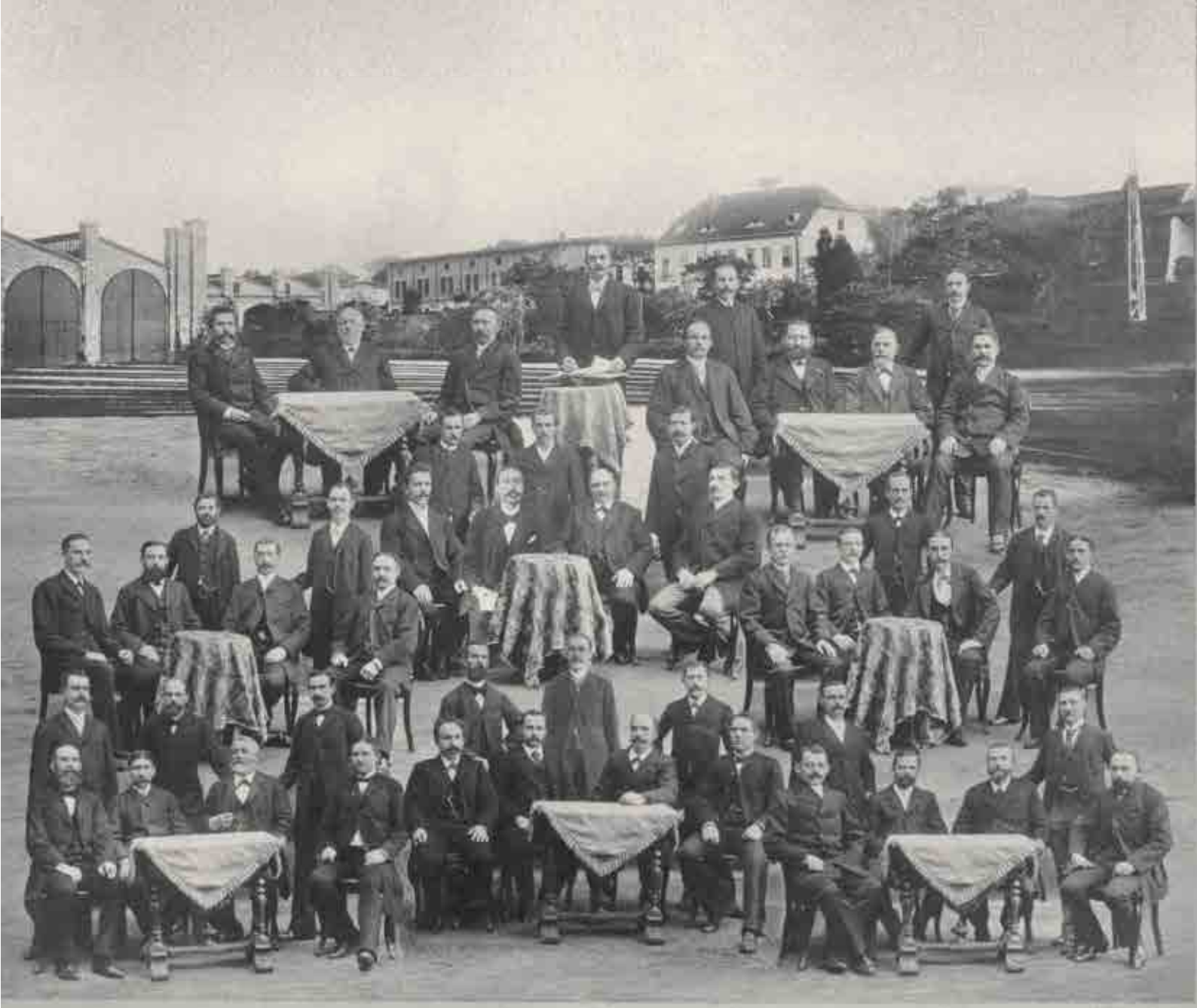
Planausschnitt aus dem Pachtvertrag, 1894

die Chronik der Kolonie Daheim 1894 bis 2014

Herausgegeben
von der Wohnungsbaugenossenschaft „Daheim“ eG
im Dezember 2014

Inhalt

Vorwort *Die Insel der Eisenbahner* ... 4
Kapitel 1 *Durch Verfügung seiner Majestät* ... 6
Kapitel 2 *Rasanter Aufstieg* ... 10
Kapitel 3 *Zum Wohle unserer Genossen* ... 16
Kapitel 4 *Die Goldenen Zwanziger: 1894 bis 1914* ... 20
Kapitel 5 *Die Feste feiern wie sie fallen* ... 22
Kapitel 6 *Das große Potsdam und die kleine Daheim* ... 28
Kapitel 7 *Krieg und Nachkrieg* ... 30
Kapitel 8 *Die kleine Stadt* ... 32
Kapitel 9 *Gas, Wasser und Strom* ... 36
Kapitel 10 *Sich was leisten können* ... 38
Kapitel 11 *Das Ende des Sparvereins* ... 42
Kapitel 12 *Krieg* ... 44
Kapitel 13 *Kriegsende* ... 46
Kapitel 14 *Mühsamer Frieden* ... 50
Kapitel 15 *Wiederaufbau* ... 52
Kapitel 16 *Hurra, wir leben* ... 54
Kapitel 17 *Historisch gewordener Kreis* ... 58
Kapitel 18 *Sicheres Ufer* ... 60
Kapitel 19 *Noch vorhandene Baukultur* ... 62
Kapitel 20 *Hilfe und Selbsthilfe* ... 64
Kapitel 21 *Beziehungen sind alles* ... 66
Kapitel 22 *Die Genossenschaft im vereinigten Deutschland* ... 70
Kapitel 23 *Herausgeputzt* ... 74
Kapitel 24 *Daheim bleibt Daheim* ... 78
Impressum ... 80



Die Insel der Eisenbahner

Hier war nichts. Gar nichts. Es gab keine Straßen und keinen elektrischen Strom, es gab keine Kanalisation und kein Trinkwasser. Im Winter waren die Wiesen so vereist, dass man auf ihnen Schlittschuh laufen konnte und im Frühjahr trat die Nuthe über die Ufer. Im Sommer strich der Wind über sandige Böden und wirbelte Staub auf. Kam der Herbst, dann sammelte sich der Regen in zahllosen Rinnsalen und kleinen Bächen, die von den Ravensbergen bis zur Nuthe führten. 1894 gab es hier gar nichts, genau wie es schon 1794 hier nichts gegeben hat und all die Jahrhunderte zuvor.

In diesem Nichts, wo sich Fuchs und Hase eine gute Nacht wünschten, siedelten ab 1894 beherzte Eisenbahner, um sich ihr Daheim zu bauen. Es gibt ein Bild von ihnen, eine Montage aus vielen Porträts: Die Gründerväter tragen steife Kragen und Bärte. Sie schauen ernst und angestrengt, aber vielleicht nur deshalb, weil sie so lange stillsitzen mussten bis der Fotograf fertig ist. Sie sitzen nicht vor ihren Häusern oder Gärten, sondern inmitten des Reparaturwerkes, auf dem Hof vor den Hallen. Vielleicht gab es zu diesem Zeitpunkt noch gar keine Häuser und Gärten in der Daheim. Vielleicht wollte der Fotograf mit seinem empfindlichen Gerät nicht den langen Weg durch Staub oder Schlamm laufen. Vielleicht war die Kulisse mit Bedacht gewählt, weil dies tatsächlich der Mittelpunkt des Lebens dieser Männer war: das Hämmern der Zylinder und Quietschen der Räder, der Gestank des Öls, die Hitze der Kessel, der Kohlenstaub und das Klingeln des Metalls.

Wir wissen nicht viel über sie. Die meisten waren Arbeiter und Handwerker, eine Handvoll zählte zu den Beamten der Bahn. Ganz sicher waren sie harte Burschen, bei der Bahn war man nicht zimperlich. 100 von ihnen reichten, um eine Schlächterei am Laufen zu halten, und eine Kneipe. Sie hatten eine Menge Kinder, deren Mütter sie häufig als Witwen zurückließen. Entweder blieben sie im Krieg oder danach auf der Strecke, bei einem der häufigen Unfälle. Die das Glück hatten, zu überleben, konnten ihr Werk genießen, dahinten im Wald, daheim.

Blick vom Exerzierplatz auf die Kolonie Daheim.
v.l.n.r. Haus 9/10, Haus 11/12, Haus 13/14, Haus 22/23 (im Krieg zerstört)

Zum Feierabend gingen sie in den Wald, in dem sich ihre Siedlung versteckte. Hierher führte kein Gleis, bis hier kam keine Lok, kein Zug. Es war ein gutes Stück Weg bis sich eine Lichtung auftat und den Blick auf das Kleinod erlaubte: In 15 Jahren harter Arbeit hatten sie eine Siedlung errichtet: 39 Wohnhäuser mit mehr als 200 Wohnungen und Nebengelass, mit Gärten, Straßen und Wegen, mit Lebensmittelladen, Fleischer, Restauration und Kegelbahn. In nur 15 Jahren hatten sie sich eine Insel geschaffen, hineingesetzt in den märkischen Sand, und sie hatten mitten in der unberechenbaren Aue der Nuthe Wurzeln geschlagen. Umgeben von Kiefern war jenseits der Grenzen der Residenzstadt Potsdam ein neues Gemeinwesen entstanden, das sich bis heute – über vier Generationen hinweg – Eigenarten und sogar seine Insellage erhalten hat. 120 Jahre später wollen wir die Geschichte dieser Besiedlung erzählen. Wir wollen berichten, wie diese Siedlung überlebt hat, die Kriege und die Diktaturen, die Krisen und die Friedenszeiten und immer Daheim geblieben ist.

Durch Verfügung seiner Majestät

Laut einer Eintragung ins Genossenschaftsregister, die man am 17. Februar 1894 vornahm, waren es ganze 17 Personen, die den „Bau- und Spar-Verein für Eisenbahnbedienstete zu Potsdam und Umgegend“ gegründet hatten. Sie ließen sich als „Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“ registrieren.

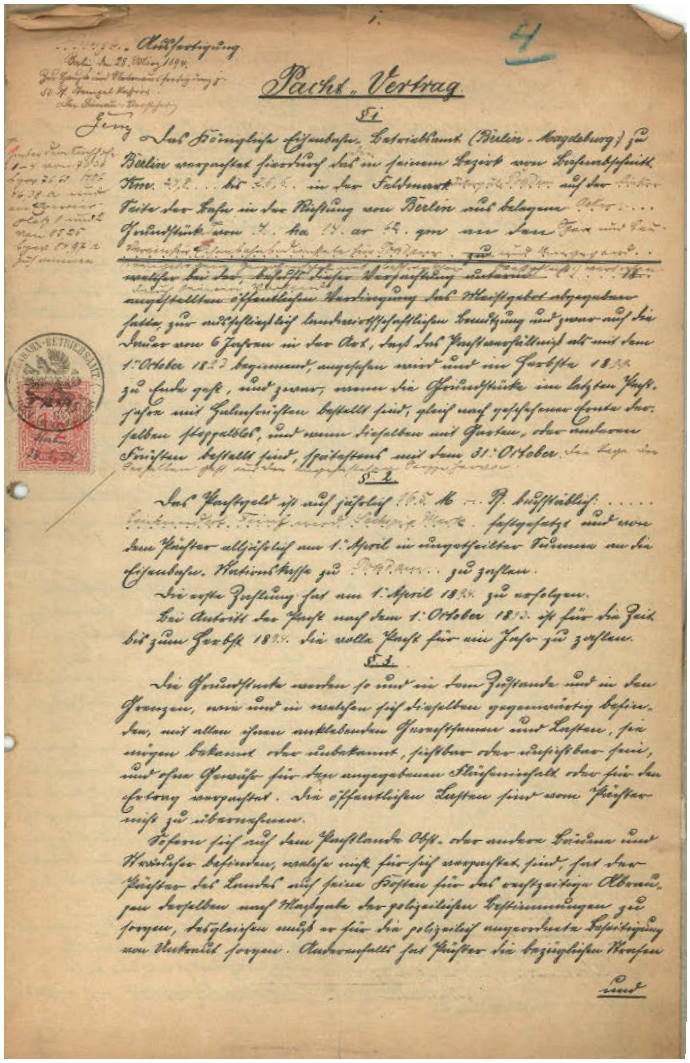
Der Bau- und Spar-Verein für Eisenbahnbedienstete war die erste Genossenschaft, die in Potsdam gegründet wurde. Wer Mitglied werden wollte, hatte 10 Reichsmark für den Eintritt zu zahlen und mindestens einen Geschäftsanteil für 50 Reichsmark zu erwerben. Daneben konnte jedes Mitglied ein Sparguthaben anlegen, auf das man in unbegrenzter Höhe einzahlen konnte. Das Geld wurde für den wirtschaftlichen Betrieb der Genossenschaft verwandt, vor allem zur Finanzierung des Baus von Wohnungen. Es wurde aber auch gut verzinst.

In einer späteren Publikation heißt es über die Gründung: „Veranlasst durch den Erlaß Sr. Exzellenz des Herrn Staatsministers von Thielen im Jahre 1889 wurde die Gründung einer Baugenossenschaft nach längerer Zeit von einem kleinen Teil unserer Eisenbahnbediensteten beschlossen.“ Die Formulierung lässt auf längere Diskussionen in einem größeren Personenkreis schließen, von denen sich dann eine kleinere Gruppe abgesetzt hat, um zur Tat zu schreiten: „Es wurden Verhandlungen mit der Königl. Eisenbahn-Direktion, um Überlassung des Baugeländes am kleinen Exerzierplatz in Größe von annähernd 2000 qm gepflogen.“ Gleichwohl hatten weder die Vereinsgründer noch die Königliche Bahn zu diesem Zeitpunkt Erfahrungen mit genossenschaftlichem Wohnungsbau, so dass sich die Verhandlungen als schwierig gestalteten. Letztlich gelang dann doch noch ein Geschäft und es wurde ein „Kaufvertrag mit der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin, durch Verfügung Sr. Majestät des Kaisers für den billigen Preis von 0,20 M pro qm“ abgeschlossen.

Arbeitspause in den Eisenbahnwerkstätten Potsdam

Die Gründung einer Siedlung war durchaus im Interesse der königlichen Bahn, um im Havariefall schnell über Fachkräfte verfügen zu können. In den nahe gelegenen Eisenbahnwerkstätten stand rund um die Uhr ein Hilfszug bereit, der im Falle eines Unfalls auf den Strecken zum Ort des Geschehens eilen sollte. Ausgestattet mit dem notwendigen Gerät und unentbehrlichen Spezialwerkzeugen sollten die Bahnarbeiter und Handwerker des Hilfszuges für Ordnung sorgen und die Strecke wieder frei machen. Aber obwohl der Zug ständig unter Dampf stand, dauerte es mitunter Stunden, ehe er ausrücken konnte: Erst wenn alle Spezialisten an ihrem Platz waren, konnte der Hilfszug zum Einsatz kommen. Ereignete sich der Unfall in der Nacht verging kostbare Zeit, wenn jene, die man dringend brauchte, zu Hause waren. Boten wurden ausgesandt, um die Betreffenden zu informieren und ehe diese den Weg zu den Werkstätten zurückgelegt hatten, war die Zeit schon weit fortgeschritten. Der Havariezug könnte sich schneller in Bewegung setzen, wenn die Eisenbahner in der Nähe der Werkstätten wohnen würden.

Die Mehrzahl der Besatzung des Hilfszuges sollte später tatsächlich in der Siedlung Daheim wohnen: Zwei Sirenen, die eine auf dem Haus Nummer 16, die andere auf einem Gerüst in Höhe des Hauses 33, alarmierten im Notfall. Der Einsatzleiter, ein Eisenbahner namens Leo, hatte in seiner Wohnung sogar einen Telefonanschluss.



Pacht-Vertrag

§ 1.

Das Königliche Eisenbahn-Betriebsamt (Berlin-Magdeburg) zu Berlin verpachtet hierdurch das in seinem Bezirk vom Bahnhofpfeiler Km. ... bis ... in der Feldmark ... auf der Ostseite der Bahn in der Richtung von Berlin aus belegene ... Grundstück von ... ha ... ar ... qm an den ... zu ... Hierbei bleibt dieser Verpachtung unbenommen, ... nur bei der bisher üblichen Verpachtung unter ... mitgetheilten öffentlichen Verdingung des Meistgebot abgegeben hatte, zur widerruflichen landwirthschaftlichen Benutzung und zwar auf die Dauer von 6 Jahren in der Art, daß das Pachtverhältniß alt mit dem 1. October 18.. beginnend, angefangen wird und im Oktober 18.. zu Ende geht, und zwar, wenn die Grundstücke im letzten Jahre mit Halmfrüchten bestellt sind, gleich nach geschehener Ernte derselben abgeräumt, und wenn dieselben mit Hackfrüchten, oder anderen Früchten bestellt sind, spätestens mit dem 31. October ...

§ 2.

Das Pachtgeld ist auf jährlich ... Mk ... Pf. baarmöglichst ... festgesetzt und von dem Pächter alljährlich am 1. April in ungetheilten Raten an die Eisenbahn-Betriebskasse zu Berlin ... zu zahlen.

Die erste Zahlung hat am 1. April 18.. zu erfolgen.

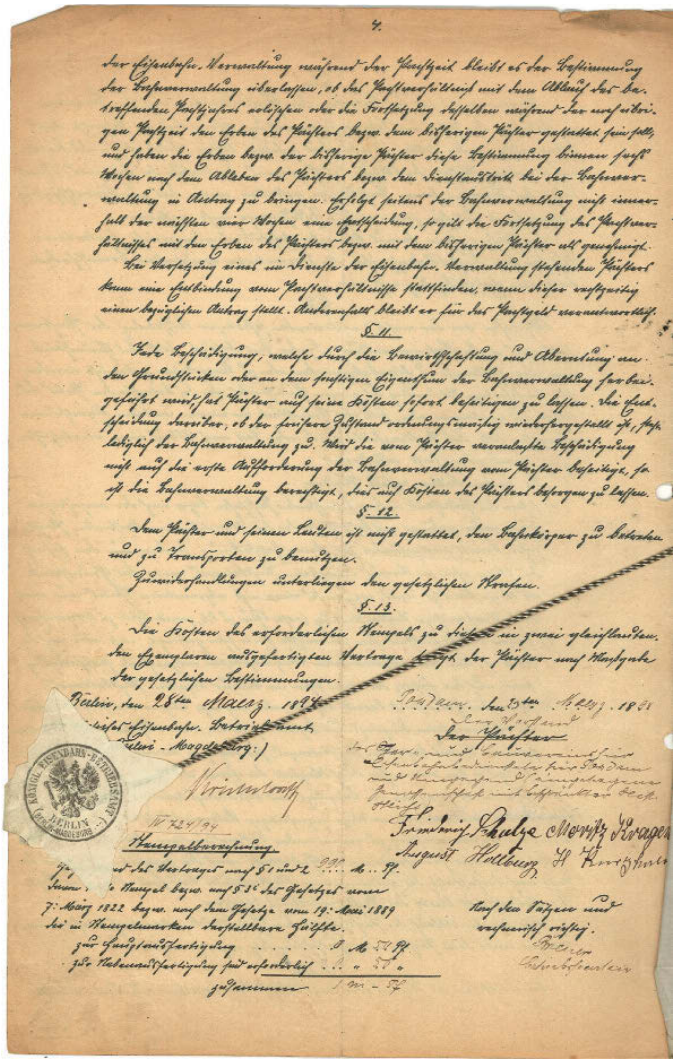
Bei Antritt der Pacht nach dem 1. October 18.. ist für die Zeit bis zum Herbst 18.. die volle Pacht für ein Jahr zu zahlen.

§ 3.

Die Grundstücke werden so und in dem Zustande und in den Grenzen, wie und in welchen sich dieselben gegenwärtig befinden, mit allen ihnen anklebenden Grundstücken und Lasten, soweit solche bekannt oder äußerlich sichtbar oder ersichtlich sind, und ohne Gewähr für den angegebenen Flächeninhalt oder für den Ertrag verpachtet. Die öffentlichen Lasten sind vom Pächter mit zu übernehmen.

Sollten sich auf den Pachtlande Obst- oder andere Bäume und Wacholder befinden, welche nicht für sich verpachtet sind, so hat der Pächter das Recht auf seine Kosten für das laufende Abtrieb, jedoch dieselben nach Maßgabe der polizeilichen Bestimmungen zu sorgen, desgleichen muß er für die polizeilich angeordnete Beseitigung von Unkraut sorgen. Andernfalls hat Pächter die bezüglichen Kosten

und



der Eisenbahn-Verwaltung während der Pachtzeit bleibt es der Bestimmung der Eisenbahnverwaltung überlassen, ob das Pachtverhältniß mit dem Ablauf des betreffenden Pachtjahres erlöschen oder die Fortsetzung desselben während der noch übrigen Pachtzeit den Erben des Pächters bezw. dem bisherigen Pächter gestattet sein soll, und haben die Erben bezw. der bisherige Pächter diese Bestimmung binnen zwei Wochen nach dem Ablaufe des Pächters bezw. dem Beginn des Zeitraumes bei der Eisenbahnverwaltung in Antrag zu bringen. Erfolgt seitens der Eisenbahnverwaltung nicht innerhalb der vorgedachten Wochen eine Entschließung, so gilt die Fortsetzung des Pachtverhältnisses mit den Erben des Pächters bezw. mit dem bisherigen Pächter als genehmigt.

Bei Verletzung eines im Dienste der Eisenbahn-Verwaltung stehenden Pächters kann eine Entbindung vom Pachtverhältnisse stattfinden, wenn dieser aufgrund einer bezüglichen Anfrage stellt. Andernfalls bleibt er für das Pachtgeld verantwortlich.

§ 11.

Jede Beschädigung, welche durch die Bewirthschaftung und Abnutzung an den Grundstücken oder an dem todtigen Eigenthum der Eisenbahnverwaltung verursacht wird, hat der Pächter auf seine Kosten sofort beseitigen zu lassen. Die Beschädigung beweist, ob der äußere Zustand vorhandener Einfriedigungen ist, jedoch bei der Eisenbahnverwaltung zu. Wird die vom Pächter verursachte Beschädigung auf die erste Aufforderung der Eisenbahnverwaltung vom Pächter beseitigt, so ist die Eisenbahnverwaltung berechtigt, dies auf Kosten des Pächters besorgen zu lassen.

§ 12.

Dem Pächter und seinen Leuten ist nicht gestattet, den Bahnkörper zu betreten und zu Durchgängen zu benutzen.

Zuwiderhandlungen unterliegen den gesetzlichen Strafen.

§ 13.

Bei Kosten des erforderlichen Mangels zu ... in gleichlautenden, den Eigenthümern ausgefertigten Urkunde ... der Pächter auf Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Berlin, den 28ten März 1894

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt (Berlin-Magdeburg.)

Wirnsdorff

Magdeburg, den 5ten April 1894

Der Pächter

Friedrich Schulze Moritz Krause
August Holtberg H. Kurzbach

Auf den Polizei und ... richtig.

Berlin, den ... Eisenbahnbauamt

W 724/94

Stempelbemerkung

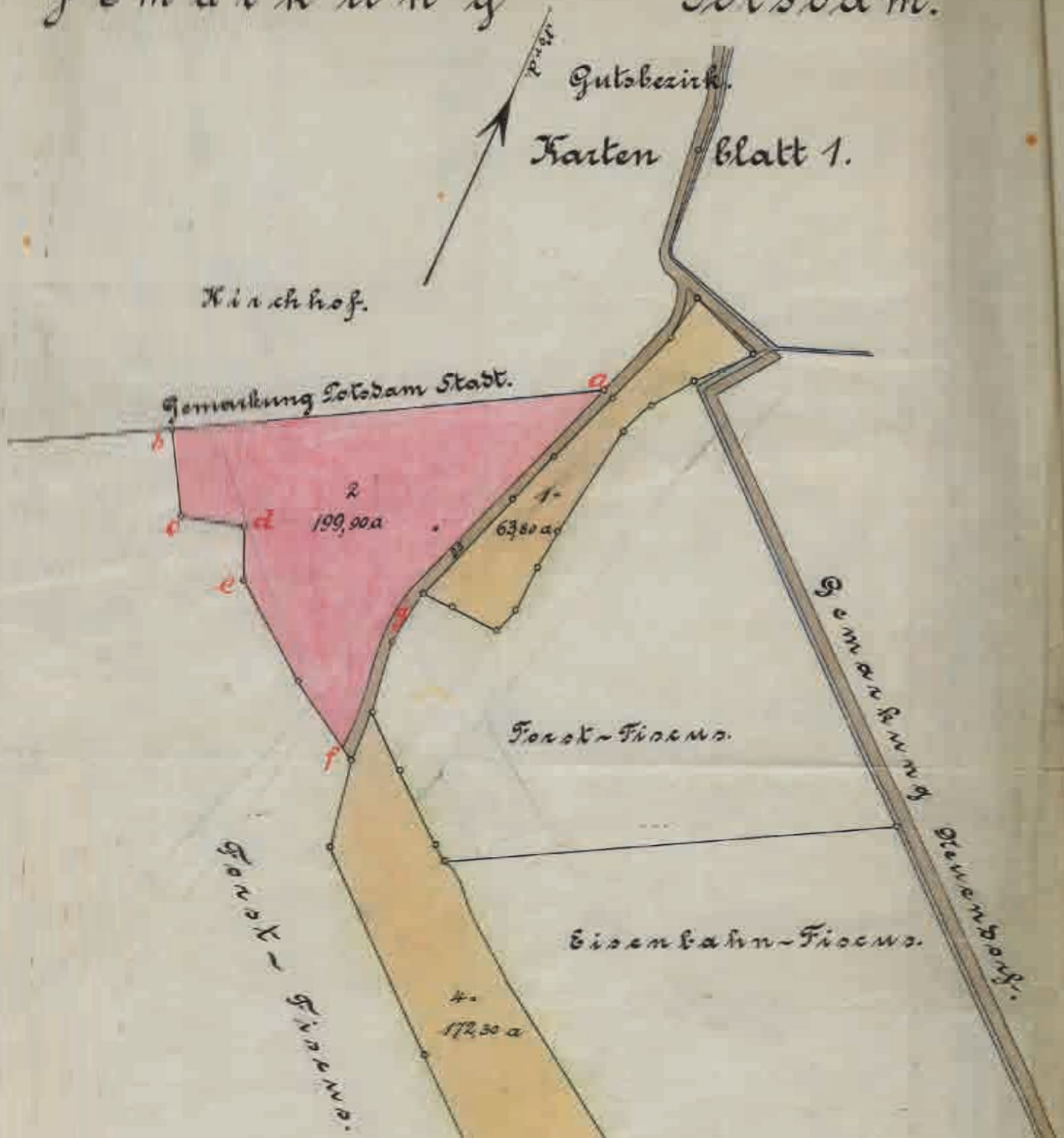
Der Betrag von 5 und 2 ... Mk. ... Pf. ist ... Stempel bezw. nach § 5 des Gesetzes vom 7. März 1822 bezw. nach dem Gesetze vom 19. Mai 1869 bei in Stempelmarken beschaffbare Gebühr.

zur Hauptausfertigung ..... 8 Mk 50 Pf.
zur Nebenausfertigung für erforderlich ..... „ 50 „
zusammen 1 Mk – Pf.

Der Königliche Eisenbahnbauamt

Der Pachtvertrag von 1894, hier die erste und die letzte Seite, rechts - Lageplan aus dem Anhang

Gemarkung Potsdam.



Rasanter Aufstieg

Was sich nach 1894 im sandigen Winkel nahe der Nuthe tatsächlich abspielte, ist nur bruchstückhaft dokumentiert. Aber es muss atemberaubend gewesen sein: Jedes Jahr entstanden mindestens zwei Doppelhäuser zwischen den Kiefern. Allein in den ersten drei Jahren bis 1897 waren es acht Doppelhäuser und ein einfaches Wohnhaus mit zusammen 75 Wohnungen. Die Gebäude zählten zwei oder drei Stockwerke, hatten ein eher städtisches Aussehen und wollten anfangs so gar nicht in den Kiefernwald passen. In den Doppelhäusern lagen jeweils 12 Wohnungen: „Jede dieser Wohnungen besteht aus 2 Stuben, einer Küche, einem Keller, einem Bodenverschlag, einem Stall und einem Garten. Waschküche und Trockenboden werden gemeinschaftlich genutzt.“

Da die eigene Fläche schnell dicht bebaut war, erwarb die Genossenschaft 1897 ein weiteres Grundstück zu den gleichen günstigen Konditionen. Nun entstanden auch Wohnungen mit drei Zimmern auf einer Grundfläche von 71 Quadratmetern. Die Familien der Eisenbahner zählten viele Kinder. Überliefert sind Familien mit vier bis sieben Kindern, einmal sogar neun.

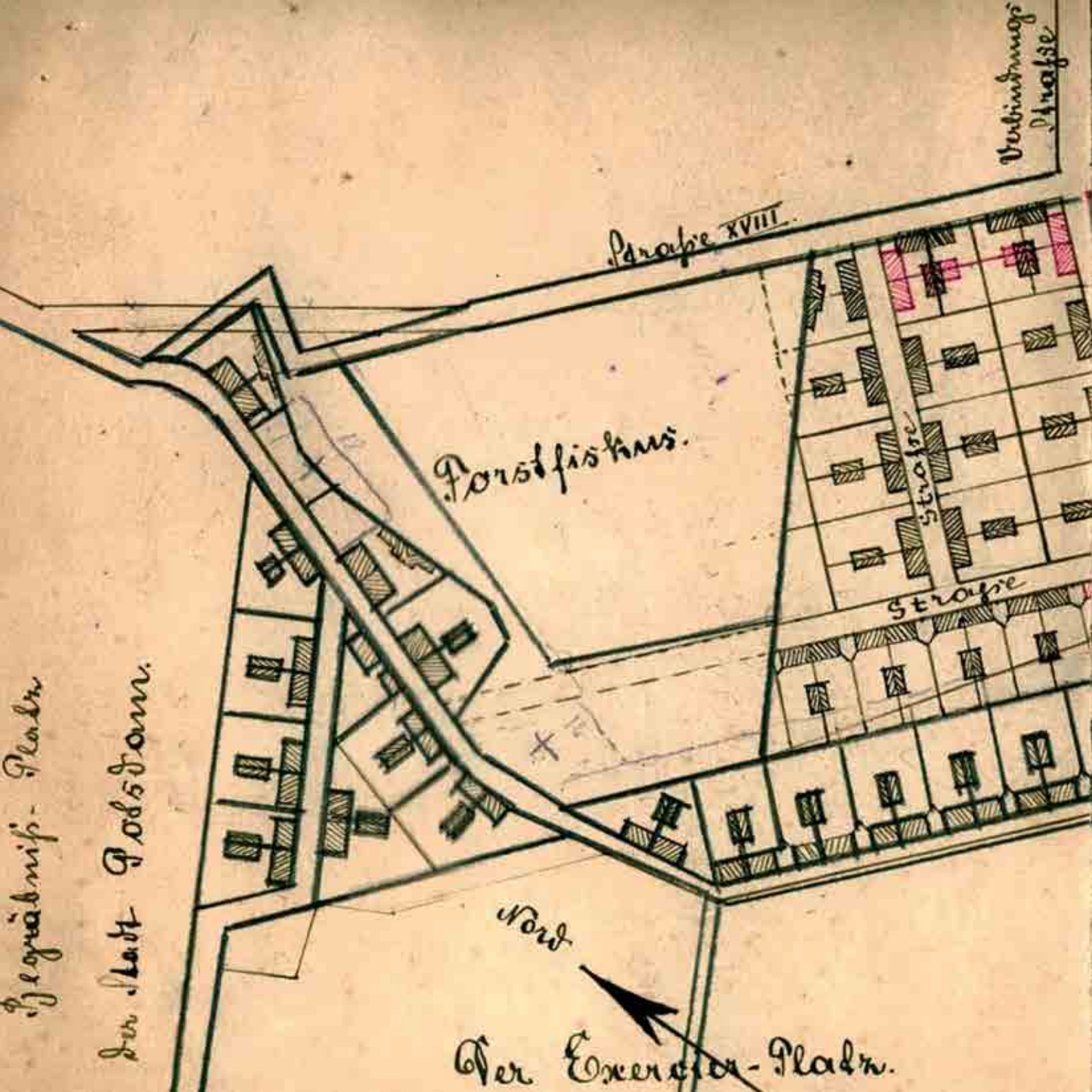
Bis 1902 baute die Genossenschaft 21 Wohnhäuser mit zusammen 108 Wohnungen. Vorstand und Aufsichtsrat berichteten, dass nunmehr auch die zweite Parzelle komplett bebaut sei. Eine 3. Parzelle werde nun vorbereitet. Genehmigt sei ein Bebauungsplan, der neun Doppelhäuser vorsieht. „Allerdings dürfen wir nicht verhehlen, daß die Schwierigkeit, unsern Genossen zu mäßigen Preisen angemessene Wohnungen zu verschaffen, mit jedem Jahre gewachsen sind, denn die Baumaterialien und die Arbeitslöhne der Bauhandwerker sind bedeutend gestiegen.“ Ungeachtet der Baupreise entstand im Jahre 1903 ein weiteres Doppelhaus und ein Wagenschuppen. 1904 konnte ein neues Doppelhaus bezogen werden, 1905 wurden sogar zwei neue Häuser diesen Typs fertig - beide mit jeweils neun Wohnungen mit zwei Stuben und drei Wohnungen mit drei Stuben. Stolz heißt es im Geschäftsbericht des Jahres 1905. „In schlichter,

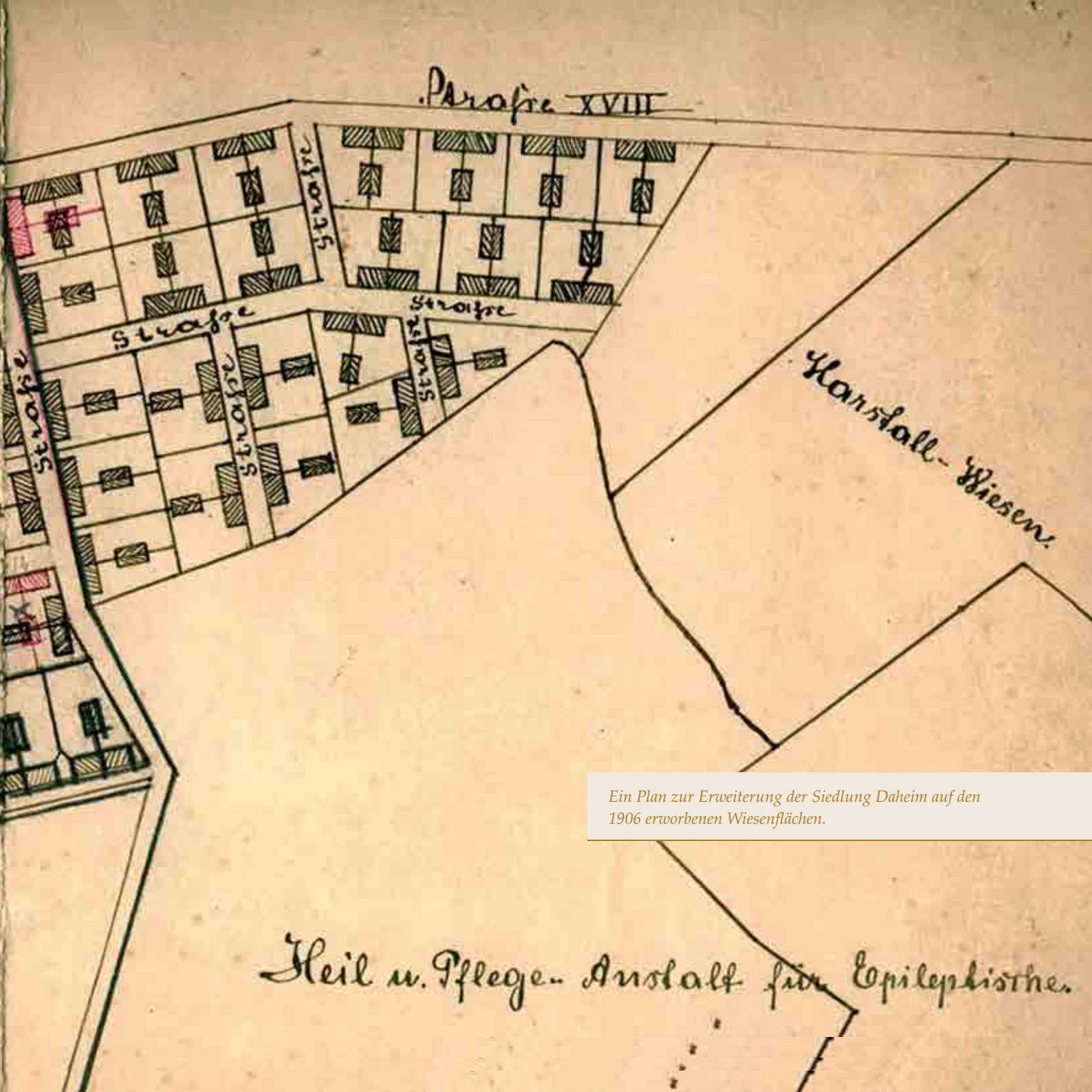
Haus Kolonie Daheim 2.
Das einzige Haus der Kolonie Daheim, das mit einer vollständigen Stuckfassade errichtet wurde.

einfacher, stabiler Bauart, mit schöner Luft und lichtfreien Wohnungen, sind auch diese Häuser eine Zierde unserer Genossenschaft."

Für das Jahr 1906 sind Bemühungen um ein weiteres Grundstück belegt. Im Gespräch sind 8 Hektar Wiesenland, die der Reichsbahn gehören. Der Kontakt nach Berlin wurde über die Werkstattinspektion vermittelt. Zwar hätte man die Wiese nicht bebauen können, man hoffte aber, das Land gegen bebaubares tauschen zu können: Im Blick hatte man dabei die „forstfiskalische Behörde, welche der angrenzende Nachbar ist" in der Hoffnung, „dass diese uns wie bisher ihr Wohlwollen gewähren möge".

Ob das Geschäft geklappt hat, ist nicht überliefert. Da das Bauen 3 Jahre später ein Ende findet, kann man annehmen, dass es nicht mehr zustande kam. Zwischen 1906 und 1908 wird jedes Jahr ein neues Doppelhaus mit jeweils 12 Wohnungen fertig gestellt, 1909 eines mit 18 Wohnungen. Mit dem Einzug der Bewohner am 1. Oktober 1909 findet die Bautätigkeit des Bau- und Spar-Verein für Eisenbahnbedienstete zu Potsdam und Umgegend seinen vorläufigen Abschluss. Die Siedlung besteht nun aus 37 Gebäuden und 209 Wohnungen. In nur 15 Jahren war ein Daheim für etwa 1.000 Menschen entstanden.


Begräbniß-Platz
der Stadt Podsdam.
Straße XVIII.
Verbindungs-Straße
Forstfiskus.
Straße
Straße
Nord
Der Exercier-Platz.



Ein Plan zur Erweiterung der Siedlung Daheim auf den 1906 erworbenen Wiesenflächen.

DIE ERRICHTUNG DER HÄUSER ERFOLGTE IN NACHFOLGENDEN ETAPPEN:

Haus	Jahr	Baukosten	Anzahl und Art
1 bis 15	1894 – 1898	ca. 231.400 M	75 Wohnungen, 1 Laden
16 bis 17	1899	ca. 35.100 M	12 Wohnungen
18 bis 19	1901	ca. 51.100 M	10 Wohnungen,
			1 Schankwirtschaft, 1 Laden
20 bis 21	1902	ca. 42.200 M	12 Wohnungen
22 bis 23	1903	ca. 42.500 M	12 Wohnungen
24 bis 25	1904	ca. 43.000 M	12 Wohnungen
26 bis 27	1905	ca. 43.600 M	12 Wohnungen
28 bis 29	1906	ca. 45.100 M	12 Wohnungen
30 bis 31	1906	ca. 48.300 M	12 Wohnungen
32 bis 33	1907	ca. 48.300 M	12 Wohnungen
34 bis 35	1908	ca. 49.000 M	12 Wohnungen
36 bis 37	1909	ca. 64.700 M	18 Wohnungen

Blick vom alten Exerzierplatz auf die Kolonie Daheim.
Erstes Viertel 20. Jahrhundert
Die Häuser v.l.n.r.: 7/8, 5/6, 9/10, 1/2, 15, 11/12, 18/19, 13/14

Zum Wohle unserer Genossen

In ihren ersten Blütejahren lebten um die 420 Erwachsene auf der Insel Daheim und etwa 600 Kinder. Die Siedlung lag mitten in der Landschaft, umgeben von Wiesen und Wäldern. Nur über unbefestigte Wege erreichte man Daheim. Was man zum Essen, Trinken, Heizen und sonst zum Leben brauchte, wurde auf Karren oder mit dem Pferdewagen herangeschafft.

Schon vor 1897 war es dem Vorstand gelungen, „einen Laden für Fleischwaren-Verkauf“ einzurichten. 1901 folgten eine „Restauration und Ladenräume zum Wohle unserer Genossen“. Zur Gaststätte gehörte eine Kegelbahn, später auch ein Billard. Aber auch das Ladenlokal wurde alsbald genutzt: „Eine recht erwünschte Annehmlichkeit für die Genossen hat auch stattgefunden durch die Vermiethung unserer Geschäftsräume an den in Potsdam gegründeten Konsum-Verein, welcher den Mitgliedern den Einkauf ihrer Lebensbedürfnisse sehr erleichtert und denselben nach Schluß eines Geschäfstjahres eine entsprechende Dividende verspricht.“ Es handelte sich um den ersten Konsum-Laden in Potsdam und es ist überliefert, dass sich die Direktion der Reichsbahn sorgte angesichts der reformerischen Ambitionen ihrer Mitarbeiter, die in der Siedlung Daheim lebten. Tatsächlich wurden ab 1912 Dividende an die Konsummitglieder ausgezahlt, bis zu 10 Prozent des Reingewinns.

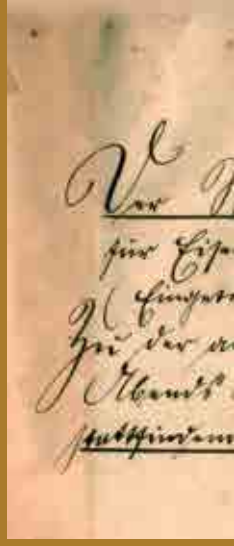
Dass die Geschäfte recht gut liefen, zeigt folgende Episode: Herr Sigmund, Betreiber der Schlächterei, mietete 1903 verschiedene Flächen zusätzlich an. Für einen Wagenschuppen, den Hof Nummer 18 und einen „bislang unvermieteten Keller neben dem Schlächterladen“ zahlte Sigmund 450 Reichsmark im Jahr - das Dreifache einer Wohnungsmiete.

Während die Siedlung mit jedem Haus wuchs, rangen Vorstand und Aufsichtsrat um den Anschluss zur Außenwelt. Im Jahr 1900 gelang der „würdige Anschluss unserer Zugangststraße an die Saarmunder Chaussee“, ein Jahr später wurde die erste Straße der Siedlung befestigt: „Durch die langgewünschte Pflasterung einer Straße hat die Kolonie nicht unbe-

Seit 1901 hat der „Consum Verein Potsdam und Umgegend“ sein Geschäft im Haus 18/19.

deutend an Ansehen gewonnen“, heißt es im Geschäftsbericht. Aber offenbar war man in der Siedlung und wohl erst recht in der Mitgliedschaft uneins über die Kosten. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1903 rechtfertigt sich der Vorstand: „Die Kosten für Straßenherstellung und Pflasterung derselben haben bisher eine beträchtliche Höhe und verteuern natürlich das Baugelände ziemlich erheblich, allein es muß das Bestreben der Baugenossenschaft bleiben, auch für gute Wege soviel wie möglich Sorge zu tragen.“

Im Bericht ist auch die Rede von „Beihülfe zu der ersten Straßenpflasterung“, die man „von der Kreiskasse“ und von der Provinz erhalten würde. Aus der wurde dann wohl nichts, denn kurz darauf berichtet der Vorstand. „Leider müssen die Häuser, die seit 3 Jahren von uns gebaut, an unbepflasterter Straße erbaut werden.“ Eine Eingabe an eine zuständige Stelle wegen Pflasterung der Straße sei ablehnend beantwortet worden. Nunmehr habe man „ein Bittgesuch an die Königliche Regierung zu Potsdam eingereicht um helfend einzugreifen“. Dieses hatte wohl mehr Erfolg denn schon im folgenden Jahr 1905 wird von „weiteren Pflasterung und Planierungs-Arbeiten“ berichtet.



MITGLIEDERBESTAND

1903 **243 MITGLIEDER**

218	Arbeiter
22	Beamte
5	Witwen

MITGLIEDERBESTAND

1935 **303 MITGLIEDER**

134	Arbeiter
28	Beamte
1	Angestellter
85	Pensionäre
53	Witwen
2	selbständige Berufe

Bau- und Sparverein für Eisenbahnbedienstete zu Potsdam u. Umgegend e. G. m. b. H.

Am 11. Oktober 1913, abds. 8 Uhr, sind im Rest. Kolonie Daheim Nr. 18 eine

ordentl. Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Protokoll.
2. Entschädigung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes.
4. Wahl von Aufsichtsratmitgliedern.
5. Ausschluß von Mitgliedern.
6. Aenderung der §§ 1, 46, 51, 53, 56 unseres Statuts.
7. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat.
J. A.: H. Neuendorf.

Einladung

Mitglieder des Bau- und Sparvereins
nbahnbedienstete zu Potsdam u. Umgegend
gegen Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht)
m Sonnabend den 26. October 1901
8 Uhr im Restaurant der Kolonie Daheim
den ordentlichen Generalversammlung.

Tagesordnung:

ENTWICKLUNG DES MITGLIEDERBESTANDES

Geschäftsjahr	Anzahl der Mitglieder	Geschäftsguthaben
1894	42	1.305 M
1895	97	7.713 M
1896	104	15.920 M
1897	105	19.303 M
1898	111	23.084 M
1899	132	31.911 M
1900	148	37.890 M
1901	186	48.581 M
1902	224	63.111 M
1903	243	71.484 M

Die goldenen Zwanziger: 1894 bis 1914

Spätestens zehn Jahre später hatte die Daheim dann endgültig Anschluss an die Welt: Der Geschäftsbericht 1915 wies erstmals Gebühren für Ferngespräche aus. Ihr Preis: 33,26 Reichsmark.

Die Jahre zwischen der Gründung des Bau- und Sparvereins für Eisenbahnbedienstete und dem Beginn des Ersten Weltkrieges waren zwanzig goldene Jahre. Die Mitgliederentwicklung, das Zusammentragen des Kapitals durch den Vorstand, die Unterstützung durch die Eisenbahn, die Bautätigkeit, das soziale Engagement und die Verzinsung der Anteile – alles das war mustergültig.

Als man 1910 auf weitere Baumaßnahmen verzichtete, tat man dies aus gutem Grund: „Weil der Zugang neuer Mitglieder dem normalen Abgang ausscheidender Mitglieder gleichkam und demnach ein Bedarf an weiterem Wohnraum für Eisenbahnbedienstete nicht mehr gegeben schien.“(1949) Da der Bau- und Sparverein nur Eisenbahner in seinen Reihen aufnahm, erfuhr er im Unterschied zu anderen Genossenschaften keine explosionsartige Mitgliederentwicklung. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1899 hatte der Vorstand dies noch bedauert, dabei erwies sich gerade diese Einschränkung als Absicherung: Per 31.12.1900 zählte der Verein 146 Mitglieder, von denen „132 dem Handwerker- und Arbeiter-, 14 dem Beamtenstande“ angehörten. 130 Mitglieder waren bei der Pensionskasse für die Arbeiter der Preußischen Staatseisenbahn-Verwaltung versichert. Die Anstellung bei der Bahn und die Absicherung durch deren Sozialleistungen ließen erwarten, dass die Mitglieder ihren Verpflichtungen gegenüber dem Verein jederzeit nachkommen könnten. Und tatsächlich: Jährlich vermerkten die Geschäftsberichte, dass es keine Mietrückstände gegeben habe. Zugleich konnte der Verein auf vergleichsweise große Geschäftsguthaben bauen: Ende 1900 belief sich dieses auf 37.890 Reichsmark, unter anderem gespeist aus 92 voll gezahlten Anteilen zu je 300 (!) Reichsmark.

Der Vorstand wusste zu wirtschaften: Vom ersten Jahr an konnte die Genossenschaft Gewinne ausweisen: 1899 waren es 1.565,29 Reichsmark, 5.101,55 im

Eine Sammelbüchse für den Fürsorgefond den die Genossenschaft „zu Ehren der silbernen Hochzeit seiner Majestät“ 1906 einrichtete.

Jahre 1907 und 7.187,63 im Jahre 1913. Von Anfang an zahlte die Genossenschaft 4,5 Prozent Dividende auf die Anteile aus. Voller Begeisterung schrieb der Vorstand 1906: „Wir rufen unseren Mitgliedern daher aufs neue zu: Legt Hand ans Werk, die Selbsthilfe ist die Beste.“ Und da der Erfolg wohl doch nicht nur Glück und eigenes Vermögen war, hieß es an selber Stelle: „Allen, die uns mit Rat und Tat bisher zur Seite standen, danken wir an dieser Stelle und bitten, uns ihr Wohlwollen auch ferner zu gewähren.“

Die Genossenschaft legte Reserven an und einen „Hülfs-Reservefonds“ auf. 1906, aus Anlass der Silbernen Hochzeit des Kaiserpaares, schuf der Verein zusammen mit dem Konsum und dem Gut in der Nachbarschaft einen „Fürsorgefonds“ „zur Unterstützung für unverschuldet in Not kommende Einwohner der Kolonie Daheim“. 1911 kam ein Fond zur „Frauenhülfe“ dazu, der die Witwen verunglückter Eisenbahner unterstützen sollte.

Angesichts dieser Möglichkeiten hieß es im Geschäftsbericht von 1907: „Möge unsere uneigennützige Sache, bei welcher auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums jede Spekulation ausgeschlossen ist, immer mehr Anerkennung finden.“

Auch an höchster Stelle war man inzwischen auf das erfolgreiche Projekt aufmerksam geworden. Der Vorstand berichtete: „Zufolge eines Schreibens von der Königlichen Eisenbahndirektion Berlin vom 26. April 1906, betreffs des Verkehr- und Baumuseums ließ unsere Verwaltung 4 Doppel-Wohnhäuser photographieren, diese mit Grundrissen sowie einem Lageplan zu einem Bilde von 3,40 m Länge und 1,10 m Höhe einrahmen, welches alsdann durch unsere Werkstätten-Inspektion dem Eisenbahnmusuem in Berlin zugeführt wurde.“

Die Feste feiern wie sie fallen

Es lies sich gut leben in der Daheim und dazu gehörte auch das Feiern. Der Vorstand sah sich genötigt, die Mitglieder zu ermahnen, doch bitte am richtigen Ort zu feiern. In einem Geschäftsbericht heißt es: „Wir möchten unsere Einwohner bitten, sich bei der Abhaltung von Familienfeiern und ähnlichen Anlässen freundlichst zu erinnern, dass unsere Gaststätte Genossenschaftseigentum ist und jede Unterstützung dieses Unternehmens trägt zur Sicherstellung unseres Mietsolls mit bei."

Die Tradition der Sommerfeste, wie sie bis heute in der Siedlung gepflegt wird, ist schon älter als ein Jahrhundert. Sie stammt aus jener glücklichen Zeit, in der man jedes Jahr mindestens ein Haus fertig stellte. Otto Beetz war der Begründer dieser Tradition, ein kinderreicher Vater, den man auch „Onkel Puh" nannte. Er organisierte 1906 das erste große Kinderfest in der Kolonie. Es begann in aller Frühe mit gewaltigen Böllerschüssen, die die Kinder der Siedlung weckten und zum Fest riefen. Aus heutiger Sicht erscheint es bemerkenswert, dass Onkel Puh ausgerechnet ein Kinderfest organisierte, war es zu dieser Zeit doch bei Weitem nicht üblich, Kinder in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen und geselligen Lebens zu stellen.

Das Fest wurde mit den Jahren eine Angelegenheit der gesamten Siedlung. Die ganze Straße wurde am Vortag mit Girlanden geschmückt. Diese hatten die Frauen gemeinsam geflochten, nachdem die Männer das dafür nötige Grün im Wald geschlagen hatten.

Während des Festes führten die kleineren Kinder Tänze und Reigen auf, die sie vorher wochenlang einstudiert hatten. Als Lohn für ihre Darbietungen regnete es Bonbons. Für die größeren Jungen wurde ein Baumstamm aufgestellt, den man zuvor aus dem umgebenden Wald geholt und geschält hatte. An der Spitze des Baumstammes war ein Ring angebracht. An ihm waren Bleistifte, Radiergummi, Anspitzer, Hefte oder Süßigkeiten befestigt. Wer es unter dem anerkennenden Beifall und aufmunternden Zurufen der Zuschauer und Umstehenden schaffte, bis nach oben zu klettern, der konnte sich etwas vom Ring abreißen.

Für die Erwachsenen wurde eine Bohlenkegelbahn aufgebaut, später kamen eine Luftschaukel, Los- und Würfelbuden hinzu. Das sommerliche Fest, das von Jahr zu Jahr größer und attraktiver wurde, bildete alsbald für ganz Potsdam eine Art Volksfest mit Tanz, Schaustellern und Belustigungen aller Art. Es wurde auf dem Kleinen Exerzierplatz des 1. Garderegimentes durchgeführt. Aus Brettern wurde ein Tanzboden gezimmert, statt auf einer Bühne saßen die Musiker auf einem Pferdewagen. Zu dieser Zeit gab es auf dem staubigen Platz weder einen Wasseranschluss noch Stromleitungen. Die Karussells wurden daher mit Muskelkraft betrieben, die größeren Jungs der Siedlung schoben sie an. Als Lohn gab es dann Freifahrten.

Später wurde das Fest gelegentlich mit einem Umzug eröffnet. Die Eisenbahner legten ihre Uniformen an und deren Frauen den Sonntagsstaat. Auch die Kinder wurden herausgeputzt, und so zogen die Kolonisten stolz und selbstbewusst durch die Siedlung, die sie sich selbst errichtet hatten. Der Vorstand lies ein eigenes Banner herstellen, das mit edlem Tuch und Stickereien den Zug anführte.

Festumzug 1908

Die Festtradition zieht sich über alle Jahrzehnte der Genossenschaft bis heute.
Linke Seite – Aufnahmen von Festen Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts.
Rechte Seite – Aufnahmen aus den fünfziger Jahren.

← Otto Beetz, Begründer der Sommerfeste als „Onkel Puh“

Kapitel 6

Das große Potsdam und die kleine Daheim

Mit ihrer Gründung geriet die Genossenschaft in eine kommunalrechtliche Situation, die durchaus kompliziert war. Sie siedelte auf einem Stück Land, das wegen seiner Beschaffenheit und Lage für den alten Eigentümer wenig Wert hatte. Als Bauland war es durchaus geeignet, wenn auch nicht optimal. Es grenzte direkt an Potsdam an, gehörte aber nicht zur Stadt. Und genau das war das Problem.

Die Siedlung Daheim, die benachbarte Landesanstalt und der Grundsteuerbezirk Potsdamer Nuthewiesen bildete den selbständigen Gutsbezirk Potsdam-Rittergut im Landkreis Zauch-Belzig. Verwaltet wurde dieser durch die Eisenbahndirektion in Berlin. Die war es auch, die der Genossenschaft den Grund und Boden verkauft hatte. Beim Erwerb des Grundstückes war der Genossenschaft als Käufer die Auflage gemacht worden, die Eingemeindung des abgetretenen Geländes in die Stadt Potsdam zu betreiben. Das hatte handfeste finanzielle Gründe: Die jeweilige Gemeinde beziehungsweise der Kreis waren es, die dafür zu sorgen hatten, dass die Kinder zur Schule und des Kaisers Untertanen in eine Kirche gehen konnten. Diese Pflicht wollten weder Potsdam-Rittergut noch der Landkreis Zauch-Belzig übernehmen.

Aber Potsdam mochte die gerade erst entstehende Siedlung auch nicht haben. Das verwunderte die Kolonisten zwar, es machte sie aber nicht unglücklich, sparten sie sich doch die höheren Abgaben, die sie als Residenzstädter hätten zahlen müssen. In der Schulfrage fand man einen großzügigen Kompromiss: Die Daheim-Kinder konnten zu einem günstigen Schulgeld in Höhe von 50 Pfennigen pro Jahr und Kind in Potsdam zur Schule gehen. Das Schulgeld, das später auf 6 Reichsmark erhöht wurde, brachte die Genossenschaft auf. Auch in der Kirchenfrage gab es eine günstige Lösung und so nahmen die Potsdamer Gemeinden die Kolonisten in ihrer Mitte auf.

Zehn Jahre später hatte sich die Situation gründlich verändert: Aus der wolkigen Siedlungsvision war eine schöne und moderne Siedlung geworden, die von Jahr zu Jahr wuchs. Aus dem Genossenschafts-

Deutsches Kaiserreich, Provinz Brandenburg 1904
(Quelle wikipedia)

experiment mit seinerzeit offenem Ausgang war ein Erfolgsmodell geworden, dem weitere Genossenschaftsgründungen in Potsdam, Nowaves und Babelsberg nacheiferten. Die Braut hatte sich über die Jahre geschmückt und plötzlich war jeder scharf auf sie: Der gerade erst in Amt und Würden gekommene Potsdamer Oberbürgermeister Rosberg wollte 1904 die Siedlung eingemeinden lassen. Das wollte inzwischen aber die Eisenbahndirektion in Berlin nicht mehr. Sie widerrief kurzerhand ihre bereits gegebene Zustimmung zur Eingemeindung. Auch der Landkreis Zauch-Belzig wollte nun die Daheim nicht mehr loslassen, er forderte für den Fall der Eingemeindung der Siedlung in die Stadt Potsdam eine Entschädigung in schwindelerregender Höhe.

Die Verhandlungen zwischen den Beteiligten wurden nicht nur mit Worten geführt. So begann Potsdam im Jahr 1906 die Daumenschrauben anzuziehen: Ein neues Volksschulgesetz kam da gelegen, in dessen Folge die Aufwendungen der Genossenschaft für das zu zahlende Schulgeld ihrer 105 schulpflichtigen Kinder von 630 Reichsmark im Jahr auf sagenhafte 9.660 Mark anstiegen. In Reaktion darauf erwog man bei den Landkreisbehörden und der Daheim zeitweilig sogar den Bau einer eigenen Schule. Das Gezerre um die kommunale Zugehörigkeit sollte sich fast noch 15 Jahre hinziehen.

Krieg und Nachkrieg

Im 21. Jahr der Genossenschaft legte sich ein grauer Schleier von Ängsten und Trauer über die glückliche Insel Daheim: Am 1. August 1914 begann der Erste Weltkrieg. Die Eisenbahnen waren überall Teile der nationalen Kriegsmaschinen und die Eisenbahner gehörten über Nacht automatisch zur militärischen Organisation des Reiches. Ehemänner, Söhne und Brüder zogen in den Krieg, nahmen Abschied von ihren Lieben, nicht wenige für immer. Jene, die nicht an eine der Fronten mussten, arbeiteten in der Eisenbahnwerkstatt in Tag- und Nachtschichten, um Truppentransporter, Lazarettzüge und anderes Kriegsgerät zusammenzustellen oder zu reparieren.

Zu den wirtschaftlichen Folgen des Krieges gehörte die zunehmende Lebensmittelknappheit. Um sie zu lindern wurde die Zwangsbewirtschaftung von Nahrungsmitteln eingeführt: Brot und andere Esswaren wurden rationiert. Fortan konnte man Essbares nur gegen Marken erhalten, die vom Magistrat der Stadt Potsdam ausgegeben wurden. Da aber die Siedlung Daheim nicht zu Potsdam gehörte, sondern zum Kreis Zauch-Belzig, bekamen die Kolonisten erst viel später als die anderen Potsdamer ihre Brotmarken. Vorausgegangen waren sperrige Verhandlungen zwischen dem Magistrat der Stadt Potsdam und dem Vorsteher des benachbarten Gutes.

Um sich zusätzlich Nahrung zu verschaffen, wurden die Wiesen, die der Genossenschaft gehörten, auf Beschluss von Vorstand und Aufsichtsrat in Kleinparzellen aufgeteilt. Es entstanden rund 300 Quadratmeter große Gärten, in denen die Genossenschaftler Gemüse, Kartoffeln und Obst anbauten. Diese Gärten halfen vielen Familien, den Krieg wie auch die nachfolgenden Jahre der wirtschaftlichen und politischen Krisen zu überleben. Noch heute werden diese Gärten mit Leidenschaft bewirtschaftet, wobei nicht mehr das Überleben, sondern die Freude am Garten und an der Natur Motivationen sind.

In den Kriegsjahren verlor die Genossenschaft ihren Schwung. Notwendige Instandsetzungen unterblieben, die Mitgliederzahl stagnierte. Trotzdem tagten Aufsichtsrat und Vorstand regelmäßig. Wenn

Reiche Kartoffelernte im Hausgarten.

auch nicht so häufig wie in Friedenszeiten, aber öfter als einmal im Monat. Die Beiträge für die „Frauenhülfe“ und den „Fürsorgefonds“ erhöhte der Vorstand auf das Dreifache.

Trotz des Krieges fanden Jahresversammlungen statt, auf denen man den verstorbenen Mitgliedern gedachte: 1914 schieden zwei Genossenschaftler wegen Tod aus, 1915 waren es drei und 1916 sieben. Für die Jahre 1917 und 1918 fehlen uns die Unterlagen. Auch in den Kriegsjahren wurden die Geschäftsberichte geschrieben und veröffentlicht. Jahr für Jahr konnte die Genossenschaft Gewinne verzeichnen und Renditen auszahlen. Der Bericht für das Jahr 1915 allerdings lässt den allgemeinen Mangel erahnen: Sein Papier ist gröber und stärker als das seiner Vorgänger. Heute sind seine Seiten stärker vom Alter gezeichnet als jene Berichte, die in den Vorjahren erschienen waren.

Der Krieg endete ruhmlos für das Deutsche Reich. Die heimkehrenden Eisenbahner hatten doppeltes Glück. Zum einen, weil sie überlebt hatten, zum anderen weil ihnen die Reichsbahn sofort wieder Arbeit gab.

Die kleine Stadt

Waren die Daheim und ihre Bewohner über Weltkrieg, Revolution und Krisen glimpflich davongekommen, so erwischte sie es in der Weltwirtschaftskrise mit aller Wucht: Die Inflation entwertete alle Guthaben, betroffen waren alle Wertpapiere, die die Genossenschaft besaß, aber auch alle Einlagen und Sparguthaben der Mitglieder. Per 1.1.1924 waren die 300 Mark, die man als Einlage in die Genossenschaft eingebracht hatte, nur noch 75 Mark wert, auch die Sparguthaben reduzierten sich über den Jahreswechsel auf 25% ihres bisherigen Wertes. Entsprechend schmolzen die Vermögenswerte der Genossenschaft dahin.

Gleichwohl hatten die Kolonisten in all den Jahren Glück im Unglück: Die Reichsbahn erwies sich als krisenfeste Institution, die ihnen Arbeit gab. Im Reichsbahnwerk wurde schon über Jahre in zwei Schichten gearbeitet, da die Reichsbahn stark mit Reparationsleistungen belastet war. Die Kolonisten hatten eine stabile Möglichkeit, ihre Familien zu ernähren. Und so hatte die Genossenschaft nie das Problem, dass Mieten wegen Arbeitslosigkeit ausblieben und Mietschulden aufliefen.

Ab Mitte der zwanziger stabilisierten sich die Verhältnisse im ganzen Reich. Die kleine Siedlung neben der großen Residenzstadt blieb ein überschaubares, aber lebendiges Gemeinwesen: Neben der Gaststätte, dem Konsum und den beiden Fleischerläden siedelten sich weitere Gewerbetreibende und Werkstätten an. So eröffnete der Dachdeckermeister Rönsch im Haus 19 sein Geschäft, zu dem auch der Verleih von Gerüsten gehörte. Im selben Haus arbeitete das Fräulein Lisa Leo, die als Putzmacherin tätig war. Sie bot vor allem Damenhüte und andere Putz an, heute würde man von Accessoires sprechen. Im Haus Nummer 24 expandierte rasch die Firma Grabias. Sie reparierte zunächst Fahrräder und Motorräder, später auch Autos. Herr Rohkamm betrieb im Haus 3 seine Dentisten-Werkstatt, im Haus 17 richtete ein Architekt sein Büro ein.

Herr Lippelt war der Mediziner und der erste Notarzt der Siedlung. Eigentlich war er gar kein Arzt,

sondern nur Heilgehilfe, aber wer fragt da schon nach, wenn geholfen werden muss. Herr Lippelt gehörte zu den Originalen der Siedlung: In seinem Garten, der an der Mauer zum Friedhof lag, hatte er über die gesamte Breite einen Zwinger aus Eisenstäben gebaut. Dort hausten seine beiden Deutschen Doggen. Später mussten die Hunde zusammenrücken und Platz machen für verletzte Tiere, die dem Heilgehilfen gebracht wurden. Störche, Habichte und Bussarde, Krähen, Eulen und andere verletzte Tiere fanden hier eine zeitweise Zuflucht, um von Lippelt gepflegt und später wieder freigelassen zu werden.

Die Siedlung lag zwar immer noch am Rande der Stadt, umgeben von Sand, Wiesen und Wald, trotzdem war sie gut versorgt: Auf dem Weg zwischen Reichsbahnwerk und Siedlung boten in der heutigen Schlaatzstraße (damals Teltower Straße) zwei Bäcker ihre Produkte an. Sie brachten übrigens die Brötchen auf Bestellung auch morgens ins Haus. Auf dem Weg lagen auch ein Fleischer, zwei Lebensmittelläden, ein Seifen- und Kurzwarengeschäft sowie weitere Geschäfte und Gaststätten auf der heutigen Friedrich-Engels-Straße, die damals noch Alte Königsstraße hieß.

Kinder gehörten immer zur Kolonie Daheim.
Zeitweis lebten bis zu 600 Kinder hier.

Gas, Wasser und Strom

Ab Mitte der zwanziger Jahre befassten sich die Gremien der Genossenschaft mit der Instandhaltung und Modernisierung der Wohngebäude, ebenso mit der Pflasterung der Straßen und Wege. Zu diesem Zeitpunkt war die Kolonie schon ein Teil der Stadt Potsdam. Kurz nach dem Krieg hatte das Reich eine Verordnung erlassen, wonach die selbständigen Gutsbezirke mit angrenzenden Städten zu vereinen seien. Demnach waren Eingemeindungen im öffentlichen Interesse auch zwangsweise zu vollziehen, was auch Entschädigungsansprüche, wie sie der Landkreis Zauch-Belzig im Falle der Siedlung Daheim erhob, gegenstandslos machte. So war die Kolonie Daheim am 1. Oktober 1920 in den Stadtkreis Potsdam aufgenommen worden.

1927 wurden fast gleichzeitig elektrische Leitungen und Gasanschlüsse verlegt. Das Gas löste die bis dahin üblichen Petroleum-Lampen ab. Solche hatte man in der Siedlung in etlichen Ausführungen, wobei es zwei Grundvarianten gab: Zum einen war da die transportable Leuchte, die man von Zimmer zu Zimmer tragen konnte, wo man sie meist auf den Tisch stellte. Zum anderen waren da die Deckenleuchten: Petroleumlampen, die an der Decke befestigt waren. Mit dem Gasanschluss kamen neue Lampen, die an den Decken hingen. Um sie betreiben zu können, mussten in den Decken und Wänden der Küche und der Zimmer Leitungen eingelassen werden. Auch in der Küche änderten sich die Gewohnheiten: Fortan kochte man nicht mehr mit Holz, Kohlen oder Koks, sondern mit Gas.

Einen noch größeren Modernisierungssprung machte die Siedlung 1929, als Kanalisations- und Wasserleitungen gebaut wurden. Bisher gab es auf den Höfen Brunnen, aus denen man Trinkwasser entnahm und mit Eimern in die Küchen schleppte. Dort standen die Eimer mit dem frischen Wasser auf so genannten Wasserbänken. Unter den Bänken standen Eimer mit dem Schmutzwasser. Waren die voll, mussten sie hinuntergetragen und entleert werden. Hinter den Stallungen auf dem Hof wurde das gebrauchte Wasser in die so genannten Hühnerzwinger geschüttet.

Auch der Gang auf die Toilette war aufwendiger als heute. Sie befand sich nicht im Wohngebäude sondern im hinteren Teil der Stallgebäude auf dem Hof. In gewisser Regelmäßigkeit mussten die Gruben der Plumpsklos geleert werden, was man gemeinschaftlich tat. Der Inhalt der Gruben wurde in der Nähe der Gärten mit anderem Kompost vermengt und als Düngung in den Gärten verwandt.

Um die Wasser- und Abwasserleitungen in die Häuser zu führen, musste an jedem der Häuser über alle Etagen ein Vorbau errichtet werden. Hier fanden die Leitungen ihren Platz, ebenso die neuen Toiletten. Nun brauchte man nicht mehr über den Hof laufen, um auf die Toilette zu kommen, niemand musste mehr Wasser aus dem Brunnen nach oben schleppen und das Brauchwasser hinunter tragen.

Die Kosten für diese Neuerungen waren immens. Sie führten zu einer 10-prozentigen Mieterhöhung, die von den Mitgliedern auf der Jahresversammlung schon im Vorfeld gebilligt worden war. Die Vorteile der Neuerungen lagen auf der Hand: Man sparte Zeit und Arbeit, lebte mit Gas und Strom sicherer als mit Petroleum, die hygienischen Verhältnisse verbesserten sich. In der Küche sparte man Platz, da hier nicht mehr die Eimer aufgereiht werden mussten. Gerade die älteren Mieter waren froh, dass das Geschleppe ein Ende hatte.

Verband der Baugenossenschaften
Mitteldeutschlands
Merseburg.

Bau- und Sparverein
für Eisenbahnbedienstete
für Potsdam u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Mustersatzung
für
Baugenossenschaften

aufgestellt vom Hauptverband Deutscher
Baugenossenschaften e. V., Berlin.

Auf Grund der Preußischen Durchführungsverordnung zur Gemeinnützigkeitsverordnung vom 17. April 1931 gebilligt durch Erlaß des Preuß. Ministers für Volkswohlfahrt vom 13. Mai 1931 II 3400/2. 3.

Berlin 1931

Sich was leisten können

Der Beginn der faschistischen Ära ging nicht spurlos an der Genossenschaft vorbei. Im Zuge der Gleichschaltung passte die Genossenschaft ihre Satzung den Vorgaben der neuen Machthaber an. Von verschiedenen Seiten wurden die Genossenschaft und ihre Gremien aufgefordert, sich am „Aufbauwerk“ der „nationalen Revolution“ zu beteiligen und Wohnungen zu bauen. Doch die Genossenschaft konzentrierte sich weiter darauf, ihre Gebäude instand zu halten und zu renovieren: Im Geschäftsbericht für 1934 wird erwähnt, dass an mehreren Häusern der Putz erneuert und zwei Gebäude neu eingedeckt wurden. Außerdem habe man eine Autogarage errichtet.

Fast bis zum Ende der 30er Jahre wird von Schönheitsreparaturen und Verbesserungen im Wohnumfeld berichtet. Die Maßnahmen lesen sich wie die einer Genossenschaft, der es wirtschaftlich bestens geht und die sich einiges leisten kann: So erhielten 1935 alle Hausgärten einen Wasseranschluss. Erst im Jahr davor waren die Zäune, die man 1933 neu aufgestellt hatte, gestrichen worden. Alle Gehwege wurden im Auftrag und auf Kosten der Genossenschaft befestigt und mit einem Mosaikpflaster versehen. Nach langwierigen Verhandlungen mit der Stadtverwaltung konnte 1935 die Pflasterung der Straße von Haus Nr. 22 bis Haus Nr. 37 vorgenommen werden. Im Zuge der Straßenbaumaßnahmen erfolgte auch die Anbindung der Regengossen an die Kanalisation.

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1935 mahnt: „Der hohe Wasserverbrauch gegenüber der geringen Waschküchenbenutzung in mehreren Häusern lässt erkennen, dass oft Wäsche in der Wohnung gewaschen wird. Wir wollen nicht kleinlich sein, wenn einmal Strümpfe und Kleinigkeiten in der Küche gewaschen werden; müssen aber ganz entschieden dagegen einschreiten, große Wäsche in der Wohnung zu waschen.“ Die Ermahnung schließt mit dem Satz: „Hoffen wir nun, dass dieser Hinweis genügen wird; sonst sind wir seitens der Verwaltung gezwungen, andere Schritte zu unternehmen.“ Offenbar kam der Vorstand später darauf, dass die Nutzung der

Waschküche mit ihrer überalterten Ausstattung zu tun hatte und unternahm tatsächlich andere Schritte. 1937 lies er die Waschküchen auf den Höfen neu einrichten und moderne Herde mit neuen Kupferkesseln einbauen.

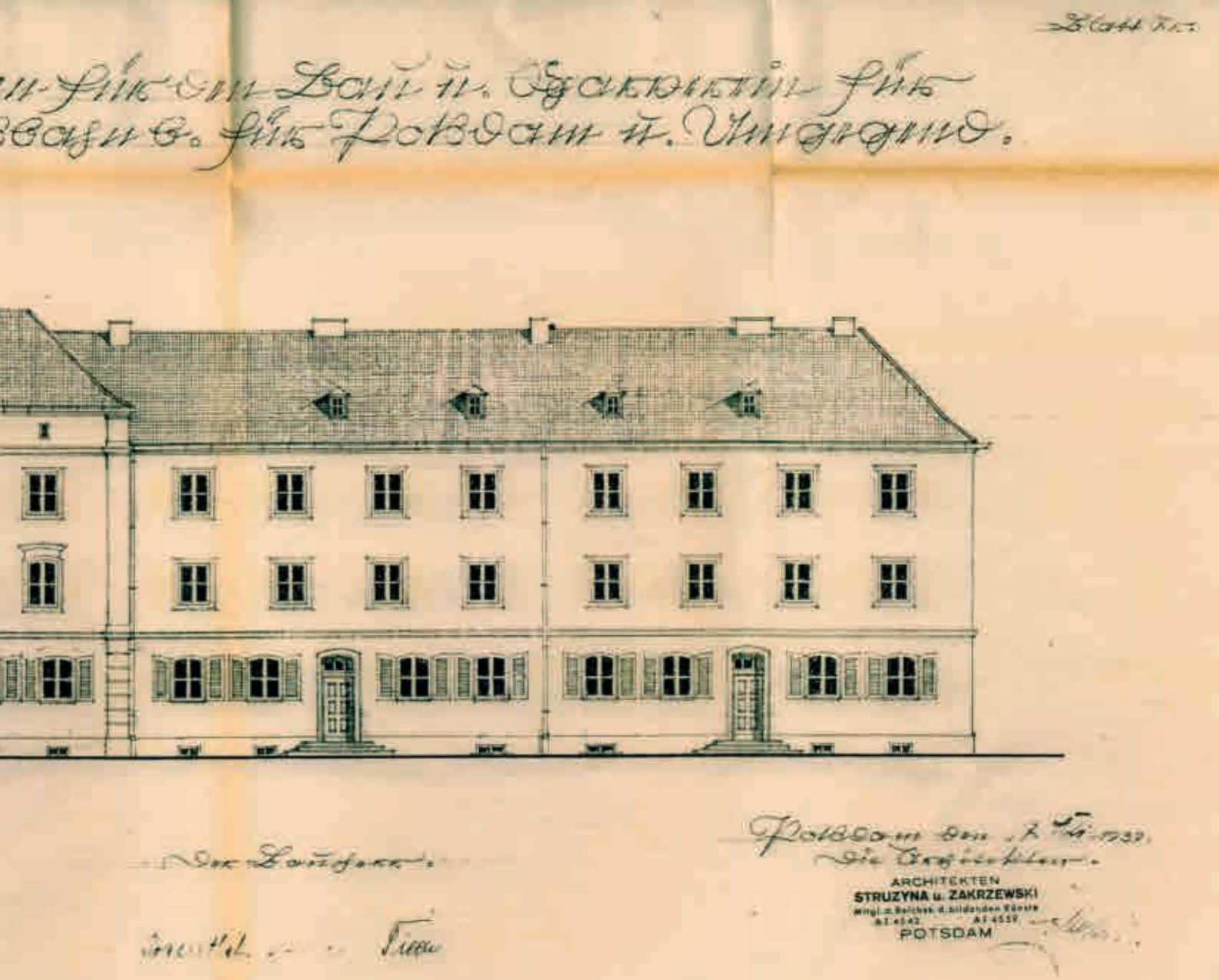
Lange Zeit prallen die Ermahnungen an die Gremien ab, sich doch endlich mit dem Wohnungsneubau zu befassen. Der Aufsichtsrat berichtet: „Erst 1938 wurde auf Anregung des gesetzlichen Prüfungsverbandes, dem es in Anbetracht unsere günstigen finanziellen Lage unverantwortlich schien, keinen neuen Wohnraum zu schaffen, auch vom Vorstand unseres Vereins ein neuer Bauplan entworfen.“ Diese „Anregung“ des Prüfverbandes war eine handfeste, war sie doch mit der wenig verdeckten Drohung verbunden, der Genossenschaft die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Eine solche Aberkennung hätte erhebliche wirtschaftliche Folgen für die Genossenschaft gehabt.

Bereits 1939 lagen die genehmigungsfähigen Planungen vor: Zwischen den Häusern 19 und 20 sollte ein Wohnhaus mit 24 bis 30 Wohnungen entstehen, dass den etwa zu selben Zeit errichteten Gebäuden Im Bogen (Potsdam West) sehr ähnlich gesehen hätte. 60.000 Reichsmark sollte der Neubau kosten, es gab sogar schon einen Termin für den Baubeginn.

Der kriegbedingte allgemeine Baustopp verhinderte die Realisierung der Baupläne. 1941 wurden sie noch einmal hervorgeholt, wie der Geschäftsbericht vermerkt: Die Bauzeichnungen „wurden in Anlehnung an die Richtlinien des Führererlasses über Bauvorhaben nach dem Kriege sofort im Sinne von Dreiraumwohnungen geändert und inzwischen vom Gaukommissar gut geheißen“

Entwurf zum Neubau von Wohnhäusern an
Reichs

Ansicht von der Straße.
M = 1:100.



Einer der Entwürfe für den geplanten Neubau zwischen den Häusern Kolonie Daheim 20/21 und 18/19.
Der Termin für die Grundsteinlegung stand schon fest: der 1. September 1939.

Das Ende des Sparvereins

Anfang der 30er entstand das Straßenbahndepot und der Exerzierplatz wurde geteilt: Hier das Gelände der Straßenbahn, dort das Sportgelände der Provinzial-Landesanstalt. Der Vorstand der Genossenschaft erhob Einspruch gegen die Errichtung der Hallen, konnte aber nur erreichen, dass ein befestigter Gehweg hergestellt wird, der von der Siedlung Daheim zur Saarmunder Chaussee (heute Heinrich-Mann-Allee) beziehungsweise zur Drevestraße führte.

Nach 1933 wurden auf dem Kleinen Exerzierplatz entlang der heutigen Straße Am Alten Friedhof zwanzig Baracken errichtet. Hier brachte die Stadtverwaltung kinderreiche Familien unter. Ein Zeitzeuge erinnerte sich: „Hier wurden damals Menschen eingewiesen, die kinderreich waren, oft nicht den besten Ruf genossen und in der Stadt keine Miete bezahlen konnten. Für sie gab es nur 2 Brunnen, um sich mit Wasser zu versorgen. Vor allem die Kinder der Kolonie hatten zu diesen Leuten die größten Kontakte, da man ja auch gemeinsam spielte und zur Schule ging. Man wurde Freund mit einander und vieles, was die Kolonistenfamilien übrig hatte, wechselte seinen Besitzer."

Am 1. September 1939 sollte eigentlich die Grundsteinlegung für das neue Wohnhaus der Siedlung Daheim erfolgen. Der Termin fiel aus. Deutschland marschierte an diesem Tag in das benachbarte Polen ein und begann damit den Zweiten Weltkrieg. Die Ehemänner und Söhne der Siedlungsbewohner zogen in den Krieg und zurück blieben die Kinder, die Alten und die Frauen.

Kurz nach Kriegsbeginn begann der Staat, das Kreditwesen neu zu ordnen, um auf mehr Mittel für den Krieg und die Kriegswirtschaft zugreifen zu können. Dazu brauchte er den ungehinderten Zugriff auf die Ersparnisse der Deutschen. Die Durchführungsbestimmungen des Kreditwesengesetzes über Spareinlagen bei Baugenossenschaften besiegelten das Ende der Spareinrichtungen der Bauvereine und Baugenossenschaften. Bis zum 31. März 1941 zahlte die Genossenschaft sämtliche Spareinlagen an ihre Mitglieder zurück. Da nach Ansicht des Prüfungsverban-

Regierungspräsident des Regierungsbezirks Potsdam

An den
Bau- und Sparverein
für Eisenbahnbedienstete
für Potsdam und Umgegend
G.m.b.H.
in Potsdam
Kolonie Daheim

I Sa. 4430/ 31.Mai 1937.

Schreiben vom 15. Mai 1937.

Ich bitte um baldige Herreichung einer von der zuständigen Freistellung der NSDAP. ausgestellten Unbedenklichkeitserklärung, ob gegen die Zahl des in den Aufsichtsrat gewählten Parkführer-Anwärters Hans Lippelt - Kolonie Daheim - irgendwelche Bedenken erhoben werden.

Im Auftrage
gez. Dr. Schüler.

Beglaubigt

des auch für die noch verbliebenen Anleihen die gleiche Regelung zu erwarten sei, beschlossen Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung, die Anleihen gleichfalls zum 31. Dezember 1941 zu kündigen und nach der vereinbarten Kündigungsfrist von 6 Monaten am 30. Juni 1942 auszuzahlen.

Die Zerstörung der Spareinrichtung hatte zwei negative Auswirkungen für den Bau- u. Spar-Verein für Eisenbahnbedienstete zu Potsdam und Umgegend und seine Mitglieder: Es schränkte die Wirtschaftskraft der Genossenschaft erheblich ein, es zerstörte aber auch die Altersvorsorge vieler Mitglieder. Die im Geschäftsbericht für das Jahr 1941 veröffentlichte soziale Schichtung der Mitglieder weist 50 Pensionäre aus, die auf ihre Altersvorsorge angewiesen waren. Hinzu kamen 59 Witwen, die zum größten Teil ebenfalls auf ihr Erspartes und die Renditen ihrer genossenschaftlichen Einlagen angewiesen waren. Beide Gruppen zusammen machten gut ein Drittel der Mitglieder aus.

Vorstand und Aufsichtsrat erkannten die Folgen und glaubten einen Ausweg gefunden zu haben: „Um aber die Möglichkeit zu haben, auch weiterhin einen Teil dieser Mittel unserer Genossenschaft zu erhalten, oder auch den Mitgliedern die Gelegenheit zu geben, außer auf Geschäftsguthaben Einzahlungen anderer Art zur Förderung genossenschaftlicher Interessen zu leisten, haben Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, eine Umwandlung von Anleihen in Schuldverschreibungen vorzunehmen. Ab 1. Juli 1942 werden wir also Schuldverschreibungen ausgeben und empfehlen unseren Mitgliedern dieselben zur Zeichnung.“

Krieg

Auf dem benachbarten Gelände der Elektrola-Schallplatten-Fabrik wurden während des Krieges weitere Produktionshallen errichtet. Die Arado-Flugzeugwerke, einer der wichtigsten Rüstungsbetriebe in Brandenburg, stellten hier fortan Flugzeugteile her. Bei Arado schufteten bis zu 15.000 ausländische Zwangsarbeiter, vor allem Franzosen, Holländer und Tschechen, ein Teil von ihnen in Potsdam. Für ihre Unterbringung wurden auf dem noch unbebauten Rest des Kleinen Exerzierplatzes Baracken aufgestellt. Morgens und abends wurden die Arbeiter auf dem Weg zwischen ihrer Unterkunft und ihrem Arbeitsplatz durch die Siedlung geführt. Da die meisten von ihnen lediglich Holzpantinen an den Füßen trugen, war ihr Zug schon von Weiten zu hören.

Der Luftschutz spielte eine immer größer werdende Rolle im Alltag der Genossenschaft: Schon 1935 hatte der Vorstand eine erste Luftschutztagung in Potsdam besucht und lange vor dem Krieg hatten sogenannte Verdunklungsübungen stattgefunden. Inzwischen war aus den Übungen alltägliche Normalität geworden: Kein Straßenlicht an den Abenden und in den Nächten, die Fenster mit Decken verhangen, mit Rollos verdunkelt oder Pappe zugeklebt. In der Siedlung wurden zwei Sirenen angebracht, die immer wieder und mit Fortgang des Krieges immer öfter heulten. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1941 vermerkt der Vorstand: „Für Luftschutzzwecke wurden neu angeschafft: 17 Tragbahren, 9 Gestelle, 32 Luftschutzspritzen und 800 Sandtüten.“ Ein Jahr später wird berichtet: „Die Tätigkeit der Verwaltung beschränkte sich im Berichtsjahr naturgemäß auf die Durchführung dringendster Instandsetzungsarbeiten und die Ausführung von Luftschutzmaßnahmen. Es wurde erforderlich, die Lage unserer Luftschutzräume nochmals einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und unter Berücksichtigung aller bisher gesammelten Erfahrungen neu festzulegen. Sie erhielten vorschriftsmäßige Mauerdurchbrüche, Splitterschutz und z.T. schon Öfen.“

Vom Luftkrieg war Potsdam bislang weitgehend verschont geblieben. Zwar war es bei den zahlreichen

Aus einem Schreiben des Vorstandes „an unsere Mitglieder“ vom 1. Oktober 1941.

Der Wasserverbrauch in der Genossenschaft liegt ständig über dem Durchschnitt. Besonders in den Gärten soll er in angemessenen Grenzen gehalten werden. Kindern ist das Gartensprengen nicht gestattet. Die Gärten sind ihrer wirklichen Bestimmung entsprechend zu gestalten und in sauberem, unkrautfreiem Zustand zu halten. Schadhafte Gartentüren und Zäune sind auszubessern.

Allgemein wird in Erinnerung gebracht, daß Antennenmasten und -drähte stets sachgemäß errichtet werden müssen, daß keine Gegenstände aus den Fenstern gereinigt oder ausgeschüttet werden, daß Fahrräder und Handwagen nicht auf Fluren und Kellergängen abzustellen sind, daß das Radfahren auf den Höfen und auf allen Wegen einschließlich des Pachtgeländes streng verboten ist, daß eine Abvermietung nur mit Genehmigung des Vorstandes und unter Berücksichtigung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen gestattet ist. (Richtlinien beim Vorstand.)

Kleinere Instandsetzungsarbeiten in den Häusern sind möglichst von allen Mietern, wenn erforderlich, gemeinsam auszuführen. Hierzu gehört die Instandhaltung der Wäschepfähle, Wäschehaken, Klopfstangen, Aufschüttung von Löchern auf Hof und Giebel, Reinigung der Straßengully an den Abfallgossen vom Herbstlaub und andere kleine vorkommende Schäden.

Luftschutzmaßnahmen unterliegen gesetzlichen Bestimmungen und sind besonders im Interesse und zum Schutze unserer Genossenschaft gewissenhaft einzuhalten.

Der Vorstand.

Rosenthal. Spahn. Tiede.

Angriffen auf Berlin zu fast 50 Einzel- und Notabwürfen auf das Potsdamer Stadtgebiet gekommen, das erste Mal in der Nacht des 21. Juni 1940. Ein größerer Angriff fand jedoch nur einmal statt: am 21. Juni 1944 während eines amerikanischen Tagesangriffs auf Berlin warfen 40 Maschinen einen Bombenteppich über die Stadt, der von Hermannswerder bis Babelsberg reichte. Glücklicherweise fielen diesem Angriff nur 5 Menschen zum Opfer. Die Siedlung Daheim lag zwischen potentiellen Zielen in ihrer Nachbarschaft: die Arado-Werke, das Eisenbahnreparaturwerk und der Bahnhof.

Der Krieg brachte Einschränkungen in der Versorgung mit sich. Wieder wurden Lebensmittel- und Kleidermarken eingeführt. In den Gärten bauten die Bewohner der Kolonie zusätzlich Lebensmittel an, vor allem Kartoffeln, Kohl, Mohrrüben, Bohnen und Obst aller Art. Erste Flüchtlinge mussten untergebracht werden. Mit ihnen kamen die ersten Mitglieder in die Genossenschaft, die nicht Eisenbahner waren.

Der Geschäftsbericht 1943 fasst die Stimmung und die Lebenslage zusammen: „Wir beschließen das 50. Jahr unseres Bestehens am 17. Februar 1944 still dem Ernst der heutigen Zeit entsprechend.“ Man gedenke der Toten, die die Bewohner der Siedlung zu beklagen haben, die „ihr junges Leben fürs Vaterland gaben.“

Kriegsende

Seit Jahren und das tags wie nachts tönten die Warnungen aus den Radios und heulten die beiden Sirenen in der Siedlung, aber meistens waren die Fliegerverbände an Potsdam vorbei gezogen. Die Daheim und ihre Bewohner waren verschont geblieben, so als ob die Alliierten die Insel nicht auf ihren Karten hätten. Auch am Abend des 14. April 1945 hoben die Sirenen an. Kaum dass sie ihr Geheul begannen, hatten sich die Bewohner in die Keller geflüchtet. Auch dieses Mal hofften sie, wie so oft verschont zu bleiben.

Doch an diesem Abend sollte es die Siedlung Daheim und ihre Bewohner schwer treffen. Um 22.39 Uhr begann der Angriff, der diesmal ausschließlich Potsdam galt. In wenigen Minuten warfen die mehr als 700 beteiligten Flugzeuge 1.700 Tonnen Bomben auf die Stadt. Mehr als 40 Bombeneinschläge zählte man in der Kolonie Daheim: vier Gebäude sackten in sich zusammen, fünf Wohnhäuser wurden stark beschädigt, ein Brand brach aus. In den Trümmern blieben Tote und Verschüttete zurück. Frauen, alte Männer und die Größeren unter den Kindern machten sich noch in der Nacht daran, kaum dass Entwarnung gegeben worden war, die Verschütteten zu bergen. In der Dunkelheit gruben sie sich in die Trümmer, immer in der Angst, dass irgendwo eine Zeitzündermine detoniert, die sie selbst in den Tod reißt oder unter den Trümmern begräbt. Nur mühsam kamen sie voran, da sie weder über Technik noch über Übung verfügten, um die Trümmer zu beseitigen.

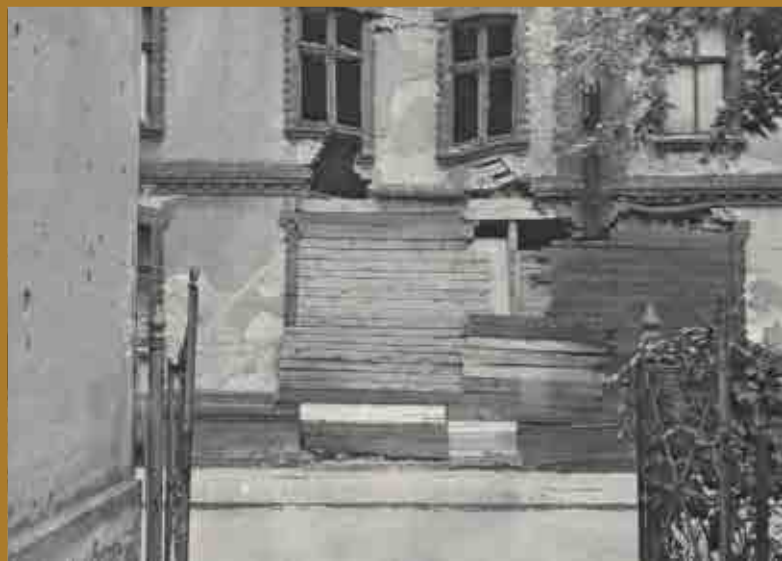
Im Haus 18/19, in dem sich die Fleischerei und der Lebensmittelladen befanden, wütete derweil das Feuer. Es drohte auf die benachbarten Häuser überzugreifen. Da auf einigen Höfen noch die Brunnen standen, die bis 1929 der Wasserversorgung dienten, konnte man deren Wasser zum Löschen nutzen. Zwischen den Brunnen und dem Brandherd bildeten die verstörten Bewohner Menschenketten und reichten die Eimer durch. Trotz aller Anstrengungen verbrannten mit dem Haus die letzten Lebensmittelreserven der Siedlung, die im Keller lagerten.

Haus Nr. 8
Hofseite

Die Überlebenden mühten sich die ganze Nacht mit Schippen, Äxten, Brecheisen, Picken und Sägen, die Verschütteten aus den Trümmern zu bergen. Der Morgen brachte endlich Licht und neue Hoffnung auf Erfolg. Aber die Zeit arbeitete gegen sie. Von den etwa 40 Verschütteten konnte nur ein Junge lebend geborgen werden.

Die Morgensonne machte das ganze Ausmaß der Zerstörungen und Verluste offenbar. In der Nacht war die Siedlung zur Hälfte zerstört worden. Mehr als 80 Bewohner der Daheim hatten den Tod gefunden. Die Nachbarn und freiwillige Bergungstrupps brachten die Toten auf den Neuen Friedhof, wo noch heute ein Hain an jene Bombennacht erinnert. Der Vorsitzende der Genossenschaft und einige der Bewohner gaben den Toten das letzte Geleit.

Der Krieg endete wenige Tage später. Die ersten russischen Soldaten tauchten um den 25. April in der Siedlung auf. Da die Lange Brücke zerstört war, stauten sich entlang der heutigen Heinrich-Mann-Allee die russischen Kolonnen. Während sich die Frauen der Siedlung versteckten, suchten die Soldaten nach Wertvollem, Trink- und Essbarem. Augenzeugen berichteten, dass Offiziere einschritten, um Schlimmeres zu verhindern. Viel gab es ohnehin nicht mehr zu holen, denn den Soldaten waren die Zwangsarbeiter zuvorgekommen, die in den Baracken neben der Siedlung festgehalten worden waren. Sie hatten sich nach ihrer Befreiung bei den Bewohnern der Siedlung mit Kleidung, Uhren, Ferngläsern, Fotoapparaten, Schmuck und Geld eingedeckt. Am begehrtesten waren Fahrräder.



Aufräumarbeiten nach dem Krieg.
Linke Seite, rechts im Bild:
das zerstörte Haus 22/23, darunter das
beschädigte Haus 9/10.

Mühsamer Frieden

Die Besatzungsarmee setzte den damaligen Vorsitzenden der Genossenschaft, Horst Rosenthal, als Bezirksbürgermeister ein. Nun hatte er die Aufgabe, die Befehle und Anordnungen der Besatzungsmacht umzusetzen. Das Mandat entzog man ihm schon nach kurzer Zeit. Rosenthal hatte auch ohne diesen Posten genug zu tun, waren doch die Aufgaben, vor denen die Genossenschaft stand, riesig: Die ausgebombten Mitglieder und eintreffende Flüchtlinge mussten Wohnungen oder Räume erhalten. Die Trümmer mussten weggeräumt werden, damit Straßen und Wege wieder passierbar sind. Die Reparatur der beschädigten Gebäude musste organisiert werden. Schließlich musste sich Rosenthal auch darum kümmern, dass die Bewohner der Kolonie sicher vor Übergriffen und Plünderungen waren. Und das alles musste unter den Bedingungen geschafft werden, dass es keine Lebensmittel, kein Material, keinen Strom und eigentlich gar nichts mehr gab.

Ein paar Tage nach dem Auftauchen der ersten sowjetischen Uniformen rückte eine Einheit russischer Soldaten in die Siedlung ein. Sie untersuchten das Gelände gegenüber den Häusern 24 bis 37. Offenbar hatten sie einen Hinweis bekommen, denn im Erdreich fanden sie verborgene Tanks voller Treibstoff. Einige Männer der Kolonie wurden angewiesen, den Treibstoff mit Handpumpen in die Fahrzeuge der Russischen Armee umzufüllen. Angesichts der Menge des leichtentzündbaren Materials wurde den Anwohnern klar, welcher weiteren Katastrophe sie in der Bombennacht entgangen waren. Hätten die Bomben die Tanks getroffen, wäre die Zahl der Opfer weit größer gewesen.

Die Siedlung war, wie es im ersten Geschäftsbericht nach dem Krieg heißt, zu 60% zerstört. Auch das Reichsbahnausbesserungswerk, der Arbeitgeber der Bewohner der Daheim, war schwer getroffen worden. Horst Rosenthal berichtete aus dieser Zeit: „Es galt Maschinen, Rohstoffe und Baumaterial zu retten und der Wiederverwertung zuzuführen. Jede Hand wurde gebraucht, es gab keinen Unterschied zwischen Mann, Frau oder Kind. Alle waren ständig im

Arbeitseinsatz und es bedurfte hierzu keiner besonderen Aufforderung."

Aber wohin mit dem Trümmerschutt? Mit einem Teil wurden die niedrig liegenden Wiesen der Genossenschaft zwischen Haus 16 und 22 aufgeschüttet. Auch Wege und Straßenabschnitte wurde aufgeschüttet und deren Niveau angehoben. Der Festplatz, der alljährlich im Frühjahr unter Wasser stand, wurde mit Trümmerschutt aufgefüllt. Der Transport wurde mit Karren und Handwagen bewältigt.

Die Dächer der Gebäude, die den Angriff überstanden hatten, mussten wieder abgedichtet werden. Die Ziegel beschaffte man aus einem Heeresversorgungsdepot, das sich auf dem Gelände der Tennisplätze befand. Man „stellte sie sicher" und brachte sie in die Daheim. Wieder wurden Menschenketten gebildet, von den Höfen bis hoch in die Dächer, durch die Treppenhäuser gingen die Ziegel von Hand zu Hand bis nach oben. Und wieder schufteten Frauen, Männer und Kinder hart.

Mit dieser gemeinsamen Arbeit legten die Überlebenden den Grundstein für die weitere Existenz der Genossenschaft. Hans Rosenthal erinnerte sich fast 50 Jahre später daran: „Aus dieser großen Aktion der freiwilligen Mithilfe am Wiederaufbau der Genossenschaft entstand später durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung die Verpflichtung aller Mitglieder zur Ableistung von Pflichtarbeitsstunden pro Jahr, da durch fehlende Gelder, Materialien oder fehlende Kapazitäten geeigneter Firmen einem weiteren Verfall der Basissubstanz entgegengetreten werden musste."

Wiederaufbau

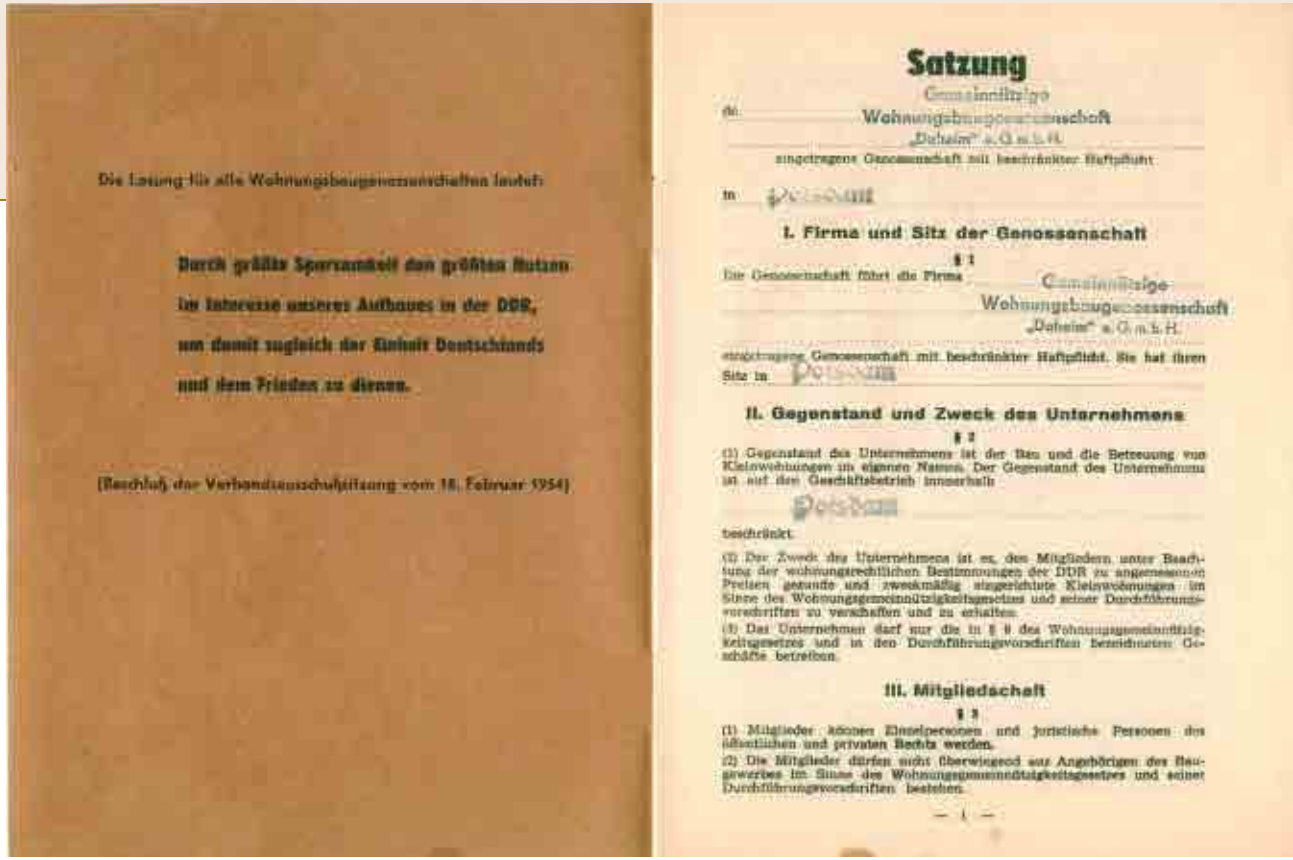
Die ersten Nachkriegsjahre gestalteten sich sehr schwierig. Die nicht zerstörten Häuser waren zwar noch bewohnbar, es gab aber erhebliche Schäden an den Dächern, den Fassaden und an einzelnen Wohnungen.

Schon 1945 hatte die Beseitigung der Schäden und die Wiederherstellung von Wohnungen begonnen. Bis zum Ende des Jahres 1948 konnten alle Häuser, teilweise jedoch nur behelfsmäßig, wieder eingedacht werden. Vier total zerstörte Wohnungen in den Häusern 1, 2, 15 und 24 konnten wieder hergestellt werden. Die Giebelwand am Haus 37 wurde neu aufgerichtet. Weitere fünf Wohnungen, die nur eingeschränkt nutzbar waren, konnten im Haus 35 wieder voll bewohnbar gemacht werden.

Im Jahr 1949 wurde die Beseitigung der Schäden intensiv weiter betrieben, soweit es der Materialmangel, der auf allen Gebieten anhielt, zugelassen hatte. Trotz der widrigen Umstände gelang es im laufenden Jahr, weitere fünf teilweise zerstörte Wohnungen im Haus 7 und 11 wieder aufzubauen: Auch wenn in den Fenstern noch das Glas fehlte, waren die Wohnungen nun wieder bewohnbar. Das Dach des Hauses 11 wurde neu eingedeckt.

So ging es Jahr um Jahr weiter, und es erscheint noch heute bewundernswert, wie all diese Leistungen bei den damals eingeschränkten Lebensbedingungen und der Knappheit an Material von den einfachen Mitgliedern und dem Vorstand der Genossenschaft bewältigt wurden.

Zwischen 1959 bis 1961 gelang es sogar, das bis auf die Straßenfassade zerstörte Haus Nr. 8 wieder aufzubauen. Dem waren viele Bemühungen des Vorstandes zur Materialbeschaffung und zur Freigabe von Bauleistungen vorausgegangen. Beim Wiederaufbau wurden neue Wohnungsgrundrisse geschaffen, so dass alle Wohnungen mit Bädern und Innentoiletten ausgestattet werden konnten. Das war für die Genossenschaft und für die dort einziehenden Mitglieder ein bedeutender Fortschritt. Allerdings: Wer hier wohnte, musste auch mehr Anteile in der Genossenschaft erwerben als für eine andere Wohnung. Die Kosten für den Neubau betrugen ca.



Die Losung für alle Wohnungsbaugenossenschaften lautet:

Durch größte Sparsamkeit den größten Nutzen im Interesse unseres Aufbaues in der DDR, um damit zugleich der Einheit Deutschlands und dem Frieden zu dienen.

(Beschluß der Verbandsausschußsitzung vom 18. Februar 1954)

Satzung

der Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft „Daheim" e. G. m. b. H.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

in Potsdam

I. Firma und Sitz der Genossenschaft

§ 1

Die Genossenschaft führt die Firma Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft „Daheim" e. G. m. b. H.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sie hat ihren Sitz in Potsdam

II. Gegenstand und Zweck des Unternehmens

§ 2

(1) Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und die Betreuung von Kleinwohnungen im eigenen Namen. Der Gegenstand des Unternehmens ist auf den Geschäftsbetrieb innerhalb Potsdam beschränkt.

(2) Der Zweck des Unternehmens ist es, den Mitgliedern unter Beachtung der wohnungsrechtlichen Bestimmungen der DDR zu angemessenen Preisen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Kleinwohnungen im Sinne des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und seiner Durchführungsvorschriften zu verschaffen und zu erhalten.

(3) Das Unternehmen darf nur die in § 8 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und in den Durchführungsvorschriften bezeichneten Geschäfte betreiben.

III. Mitgliedschaft

§ 3

(1) Mitglieder können Einzelpersonen und juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts werden.

(2) Die Mitglieder dürfen nicht überwiegend aus Angehörigen des Baugewerbes im Sinne des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und seiner Durchführungsvorschriften bestehen.

— 1 —

120.000 DM. Davon brachte die Genossenschaft 21.000 DM Eigenmittel auf. Um den Bau realisieren zu können, musste die Genossenschaft einen Kredit aufnehmen. Zum Ende des Jahres 1989 wurde das restliche Darlehen in Höhe von 19.000 DM abgelöst. Damit ist die die Genossenschaft – anders als die meisten Genossenschaften – schuldenfrei in das neu vereinte Deutschland gekommen.

Allerdings blieb dieser Neubau eine Ausnahme. Während des Bestehens der sozialistischen Wirtschaft in der DDR hatte die Genossenschaft große Mühe, mit ihren geringen Eigenmitteln und wenig finanzieller Hilfe durch den damaligen Staat, Werterhaltung und Reparaturen vorzunehmen. Schon 1954 hatte der Verbandsausschuss der Wohnungsbaugenossenschaften der Mangelwirtschaft einen höheren Sinn verliehen, zumindest verbal: Er beschloss im holprigen Funktionärsdeutsch die Losung: „Durch größte Sparsamkeit den größten Nutzen im Interesse unseres Aufbaus in der DDR, um damit zugleich der Einheit Deutschlands und dem Frieden zu dienen."

Hurra, wir leben

Kurz nach dem Krieg lebte die Tradition der Sommerfeste in der Kolonie wieder auf. Anfang der 50er Jahre begannen wohl überall die Menschen, nach einer langen freudlosen Zeit das Leben zu genießen. Zwar waren die materiellen Lebensverhältnisse noch immer kläglich, aber immerhin war man dem Krieg und bislang auch der Besatzungsmacht lebend entkommen.

Die Feste begannen auch in den 50er Jahren mit Umzügen durch die Siedlung und endeten am Abend mit Musik und Tanz. Bis zum Ende des Jahrzehnts waren sie der alljährliche Höhepunkt des Sommers, dann schlief die Tradition wieder ein. Das gesellige Leben spielte sich fortan im eigenen Kulturheim ab, wo man nicht nur im Sommer, sondern das ganze Jahr über tanzen konnte.

Die Idee zur Errichtung des Kulturheims entstand während des Sommerfestes des Jahres 1952: Die Teilnehmer und Veranstalter des Festes gelobten, den Festplatz hinter dem Haus Nr. 37 mit einer „bleibende Stätte“ zu versehen und ihn „mit dem eigentlichen Grund und Boden fest zu verankern“. Dazu wurde 1954 zunächst in freiwilligen Arbeitsstunden eine 200 m² große Tanzfläche geschaffen. Das Fundament dazu wurde aus den Trümmern der im Krieg zerstörten Häuser gebaut. Danach erfolgte die Errichtung eines „Musikpodiums“ und der Ankauf von Gartentischen und Stühlen.

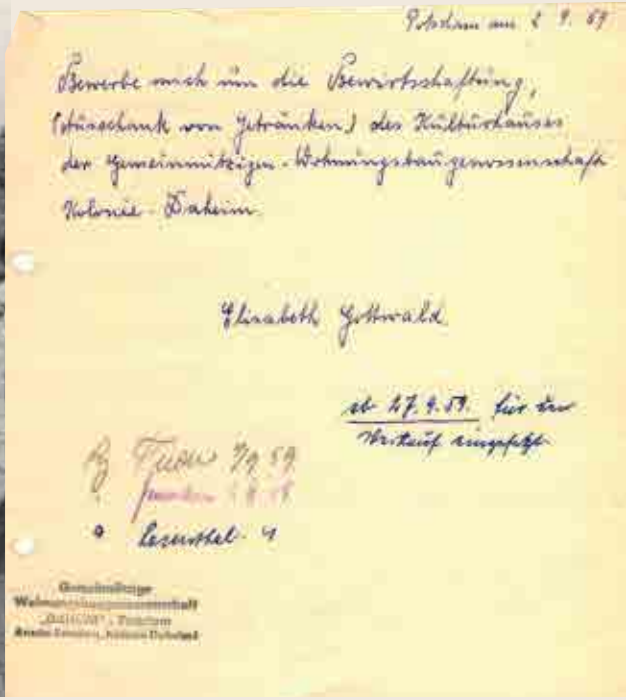
Das Kulturheim wurde schließlich 1958 errichtet. Eine dazu vom RAW Potsdam erworbene Baracke sollte als Versammlungsraum der Genossenschaft und bei Festen als Aufenthaltsraum genutzt werden. Als massive Anbauten waren ein Schankraum und Toiletten geplant. Die Errichtung der Baracke war von den zuständigen Behörden genehmigt worden, nicht aber die Anbauten. Da die Baumaterialien dafür in keinem staatlichen Plan vorgesehen waren, wurden diese Bauten zunächst nicht genehmigt.

Es ist den damaligen Vorständen Erich Rosenthal, Hermann Tiede und Karl Neumann zu verdanken, dass sie in zähem Ringen mit dem Stadtbauamt eine Baugenehmigung erhalten haben. Ausschlaggebend

für den positiven Bescheid war die Versicherung, dass weitgehend Baumaterialien genutzt werden, die aus der Enttrümmerung stammen. Welche lebensbejahende Bedeutung der Bau des Kulturheims hatte, zeigt ein Text, den die Genossenschaftler in einer Kapsel am 21. September 1958 im Grundstein vermauerten. Dort hieß es: „... aus hoffnungsloser Lage wieder Mut zu fassen, aufzubauen und dadurch sich und den Anderen einen Platz zu schaffen, wo man von der Ruhe und dem Frieden der Natur umgeben ist, wo ich Wurzeln geschlagen habe, wo ich bin DAHEIM."

Die Bewirtschaftung des Kulturheimes erfolgte durch die Genossenschaft. Erste „Schankwirtin" war Elisabeth Gottwald aus der Kolonie Daheim. Von 1959 bis zum Jahr 1990 waren die „Schankwirte" Angestellte der Genossenschaft. In dieser Zeit wurde das Kulturheim intensiv als Gaststättenbetrieb, als Versammlungsraum und für viele Veranstaltungen genutzt. Seit dem Jahr 1990 wird das Kulturheim unter dem Namen „Wiesenbaude" verpachtet.

Die Tradition der Feste wurde 1994 wieder aufgenommen: Das 100. Jubiläum der Gründung der Genossenschaft feierten die Mitglieder wieder mit einem großen Fest. Seither wurde mit viel ehrenamtlichen Engagement, angeführt von Heiko Turcer, in der Regel alle zwei Jahre ein Fest organisiert.



Potsdam am 8. 9. 59

Bewerbe mich um die Bewirtschaftung, (Ausschank von Getränken) des Kulturhauses der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft Kolonie Babelsberg

Elisabeth Gottwald

ab 17.9.59. für den Verkauf empfohlen

Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft „Babelsberg", Potsdam

Errichtung des Kulturheims 1958
oben links: Arbeitsbesprechung – der Grundriss ist abgesteckt.
oben mitte: Während der Errichtung
oben rechts: Bewerbung der ersten „Schankwirtin" Elisabeth Gottwald
unten links: Ansicht 1958, unten rechts: Ansicht 2014

Historisch gewordener Kreis

Die neue Staatsmacht wusste die alten Genossenschaften nicht einzuordnen in die Planwirtschaft. Einerseits waren sie Überbleibsel des alten Systems, das man zu überwinden trachtete. Andererseits war da wertvoller Wohnraum, über den man gern verfügt hätte. Statt gemeinsam mit den alten Genossenschaften anzupacken, um die Wohnungsnot zu lindern, formulierte die staatliche Verwaltung Verdächtigungen: In den Genossenschaften pflege man das „Nurgenossenschaftstum". Sie würden „in engherziger Abgeschlossenheit eines historisch gewordenen Kreises verharren" wollen und sich nicht dem Aufbau der neuen Gesellschaft widmen. Überlegungen, die Genossenschaften zu enteignen, wurden laut.

In dieser Situation erklärte der Verband der Wohnungsunternehmen: Natürlich fühle man sich „als Teilhaber am Neuen, als Mitgestalter der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Staates der Arbeiter und Bauern." Bis die Regierung entschieden habe, ob die alten Genossenschaften liquidiert werden müssen, werde man sich loyal und redlich mühen: „Frei von allen Empfindlichkeiten steuern wir … auf unser großes Ziel zu, die Wohnungsunternehmen fortschrittlich zu erhalten, zu verwalten und zu gestalten, so, als ob sie schon Volkseigentum wären, und so, dass sie es jeden Augenblick auch formal werden könnten."

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 zwang die Führung der DDR zu sozialen Maßnahmen. Im Dezember 1953 erließ die Regierung die „Verordnung über die weitere Verbesserung der Lage der Arbeiter und die Rechte der Gewerkschaften". Sie sieht unter anderem die Neugründung von Genossenschaften, die Bereitstellung von Grundstücken und langfristigen Krediten für den Wohnungsneubau vor.

Die bestehenden Genossenschaften kommen auch in der neuen Wohnungspolitik nicht vor. Der Verband der Wohnungsunternehmen stellt resignierend fest: „Der Verbandsausschuss nimmt … davon Kenntnis, dass die Einschaltung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in die Bildung von Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften nicht möglich gewe-

sen ist, da diese Bildung zunächst lediglich auf der Grundlage der großen Produktionsbetriebe vor sich gehen wird und nur so erfolgreich vor sich gehen kann.“ Damit stelle sich die Frage nach der Rolle der traditionellen Genossenschaften in der Wohnungspolitik der DDR. Deshalb wird die Verbandsleitung beauftragt „durch Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der Regierung der DDR über die künftigen Existenzbedingungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen Klarheit zu gewinnen.“

Ein Jahr nach der Verkündung der neuen Wohnungspolitik versandte der Verband ein Rundschreiben. Er verwies auf die Erfahrungen der alten Genossenschaften: Sie könnten Wohnungen verwalten und auch neue bauen, man müsse sie nur lassen: „Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen haben nach wie vor den Wunsch, als der Faktor von erheblicher wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Bedeutung, den sie darstellen, in den Aufbau der DDR aktiv eingegliedert zu werden.“

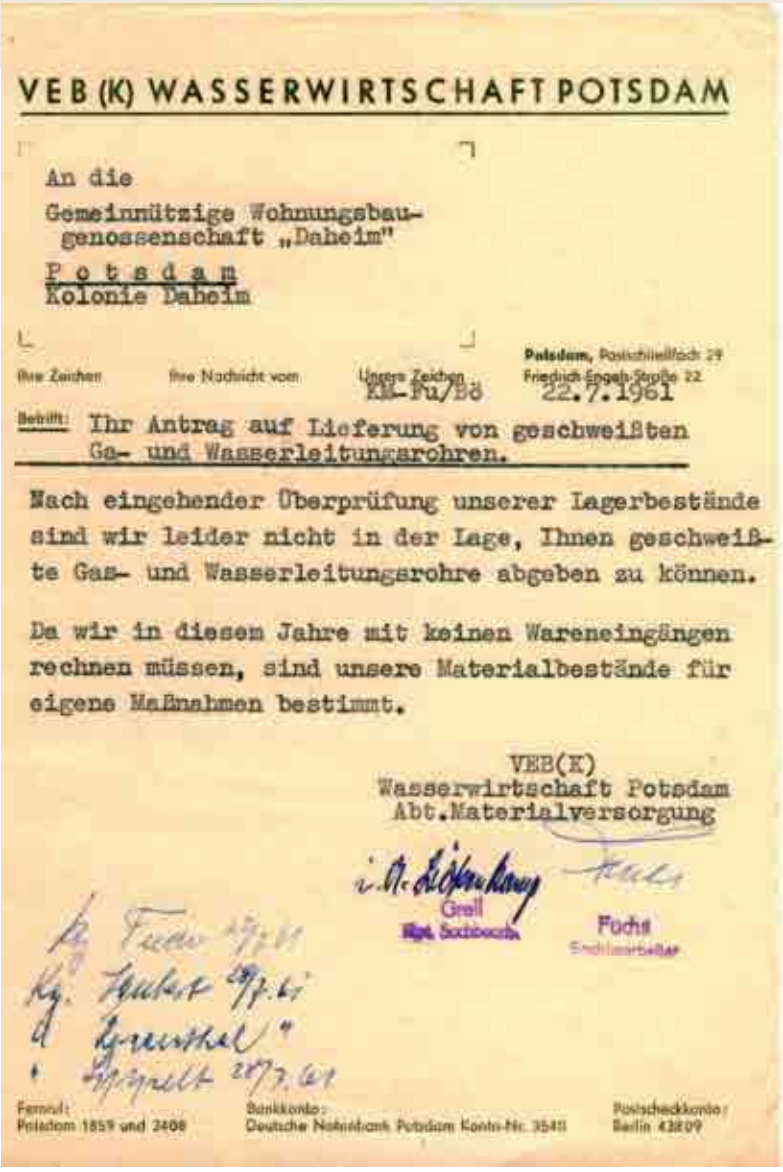
Sicheres Ufer

Es sollte noch einige Jahre dauern, ehe die Rechtssicherheit der Genossenschaft Daheim und ihrer Mitglieder hergestellt wurde. Erst 1957 wurden die traditionellen Genossenschaften – zumindest formal – den neu gegründeten Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften gleichgestellt.

Grundlage dafür war die „Verordnung vom 14.3.1957 über die Umbildung gemeinnütziger und sonstiger Wohnungsbaugenossenschaften“. Der Regierungsbeschluss reformierte die innere Organisation der Genossenschaft und schrieb eine neue Satzung vor. Der Aufsichtsrat wurde abgeschafft, an seine Stelle trat eine Revisionskommission. Buchhaltung und Finanzgebahren wurden vereinfacht. Die größte Veränderung jedoch war, dass die Genossenschaft nicht mehr selbst über ihr Eigentum verfügen sollte: Die Verteilung von Wohnungen wurde dem Staat unterstellt.

Laut den neuen Bestimmungen war nun auch die Daheim wie jede andere Genossenschaft ein „Zusammenschluss werktätiger Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zum Bau genossenschaftlicher Wohnungen und deren gemeinsamer Verwaltung“. Obwohl hier ausdrücklich vom Wohnungsbau die Rede war, fehlt genau der bei der Beschreibung der Aufgaben der Genossenschaft. Deren Aufgabe war es nämlich nunmehr, „die Genossenschaftler zur Entwicklung der genossenschaftlichen Gemeinschaft und des genossenschaftlichen Lebens zu erziehen.“ Dazu sollte gelten: „Es ist Aufgabe der Genossenschaft, die aktive Mitarbeit der Genossenschaftler zu veranlassen“, wobei es insbesondere um den „pfleglichen Umgang mit genossenschaftlichem Eigentum“, die „Sauberhaltung und Pflege der Anlagen“, die „Durchführung kleiner Reparaturen“ und die „ehrenamtliche Mitarbeit in der Verwaltung der Genossenschaft“ gehen sollte.

Die Umsetzung der Verordnung zog sich bis 1959 hin. Die Satzungsänderungen mussten von einer Mitgliederversammlung beschlossen werden. Nachdem die notwendigen Voraussetzungen gegeben waren, konnte sich die Genossenschaft „Daheim“ nunmehr



VEB (K) WASSERWIRTSCHAFT POTSDAM

An die
Gemeinnützige Wohnungsbau-
genossenschaft „Daheim"
P o t s d a m
Kolonie Daheim

Potsdam, Postschließfach 29
Friedrich-Engels-Straße 22

Ihre Zeichen | Ihre Nachricht vom | Unsere Zeichen KM-Fu/Bö | 22.7.1961

Betrifft: Ihr Antrag auf Lieferung von geschweißten Ga- und Wasserleitungsrohren.

Nach eingehender Überprüfung unserer Lagerbestände sind wir leider nicht in der Lage, Ihnen geschweißte Gas- und Wasserleitungsrohre abgeben zu können.

Da wir in diesem Jahre mit keinen Wareneingängen rechnen müssen, sind unsere Materialbestände für eigene Maßnahmen bestimmt.

VEB(K)
Wasserwirtschaft Potsdam
Abt.Materialversorgung

i. A. Lichtenkamp
Grell
Kgt. Sachbearb.

Fuchs
Sachbearbeiter

Fernruf: Potsdam 1859 und 3408
Bankkonto: Deutsche Notenbank Potsdam Konto-Nr. 3540
Postscheckkonto: Berlin 43809

als „sozialistische Wohnungsbaugenossenschaft" bezeichnen.

Die Gleichschaltung brachte weder einen Sack Zement noch ein Pfund Nägel mehr in die Siedlung. So oder so, ob nun als gemeinnützige oder als sozialistische Genossenschaft, die Daheim unterlag all den bürokratischen Bestimmungen, mit denen die Behörden die Mangelwirtschaft zu verwalten suchten. Die verordnete Gleichstellung von alten und neuen Genossenschaften erwies sich in Zukunft als fadenscheinig: Weder dass die missionierten Genossenschaften sich am Bau von Wohnungen beteiligen konnten, noch, dass sie bei der Zuteilung von Material und Handwerkerleistungen besser als bisher gestellt waren.

Im Zusammenleben der Bewohner der Siedlung änderte die Verordnung nichts. Und trotz des staatlichen Monopols auf die Verteilung von Wohnungen gelang es der Daheim bis zur Wende immer wieder die eine oder andere Wohnung an den Behörden vorbei zu vergeben.

Noch vorhandene Baukultur

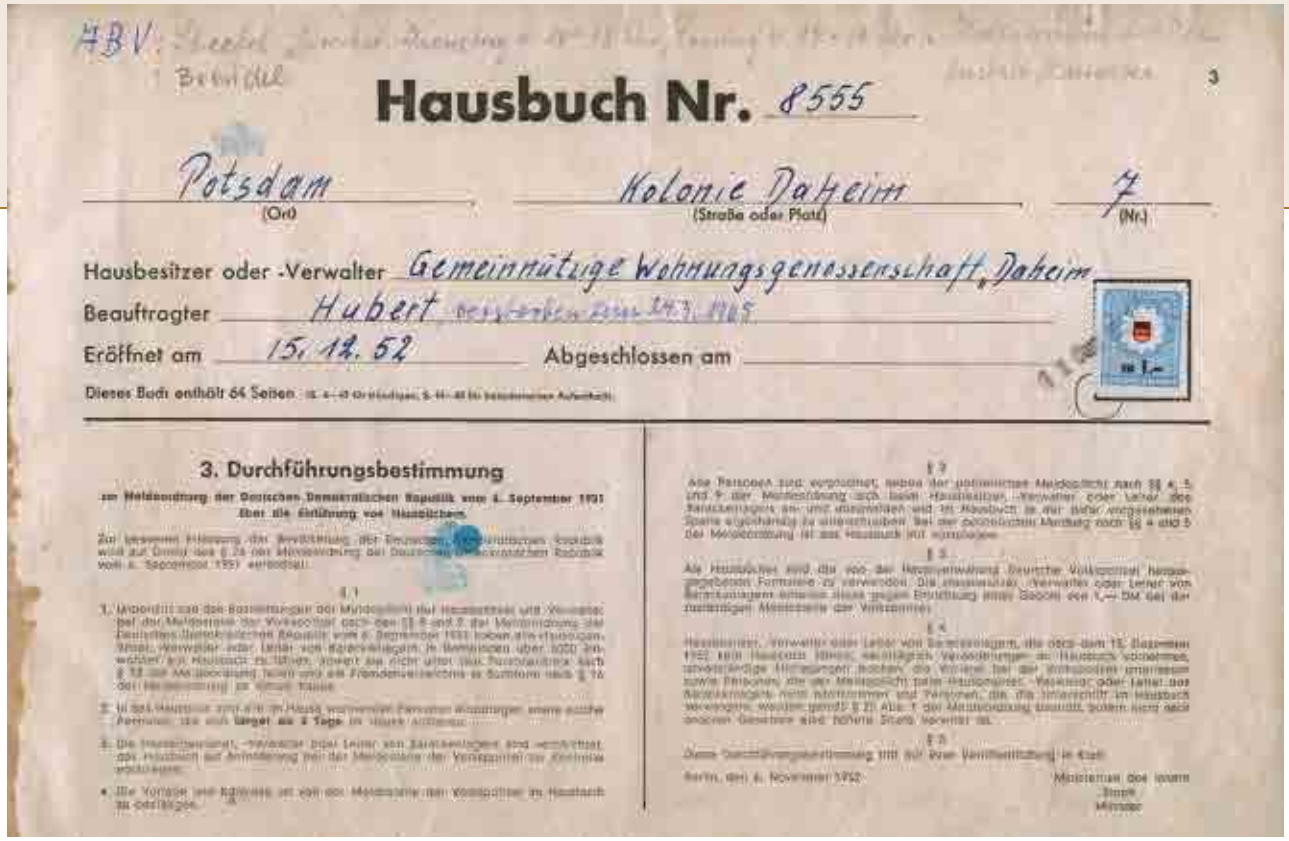
Anfang der siebziger Jahre streckte die kleine DDR ihre Glieder. Ein gigantisches Wohnungsbauprogramm, das Kernstück der Sozialpolitik von Erich Honecker, forderte von Verwaltungen und Baubetrieben enorme Anstrengungen. Gab es für die Instandhaltung schon vorher kaum Material und Handwerkerleistungen, so gab es plötzlich fast gar nichts mehr.

Im Dezember 1975 kommt es zum kollektiven Protest der alten, vor 1949 gegründeten Genossenschaften. Mit einer gemeinsamen Eingabe wenden sie sich an die Arbeiter- und Bauerninspektion beim Rat der Stadt Potsdam. Die Inspektion, kurz ABI genannt, war eine Mitte der 60er Jahre geschaffene Kontrollbehörde. Sie kontrollierte die Erfüllung der Wirtschaftspläne, die Einhaltung von Produktionsplänen und sollte auch Bürokratismus aufdecken.

Anlass der Eingabe war die Zuteilung von Bau- und Handwerkerleistungen für die Werterhaltug der Häuser der Genossenschaften. Im zu Ende gehenden Jahr habe man nur 80% der ursprünglich zugesagten Maurerleistungen erhalten, 40% bei Dachdeckerarbeiten und beim Heizungsbau gar nur 20%. Für das kommende Jahr seien die ohnehin schmalen Kontingente gekürzt worden: Waren 1975 für Heizungsbau 50.000 Mark vorgesehen, so seien es 1976 lediglich 34.000 Mark.

Die sieben Genossenschaften warnen: „Bei den drastischen Kürzungen, speziell für 1976, ist mit Sicherheit zu erwarten, dass die Altbausubstanz nicht erhalten werden kann und in der Folgezeit noch erhöhte Kapazitätsforderungen notwendig werden.“ Die Autoren fordern daher: „Im Interesse der Erhaltung der noch vorhandenen Wohnkultur unserer Bürger bitten wir die ABI, Maßnahmen zu ergreifen, um diese unverständlichen Kürzungen der Baukapazitäten rückgängig zu machen.“

Die Antwort der Arbeiter- und Bauerninspekteure ist nicht überliefert. Der Brief war für den Rat der Stadt allerdings Anlass, die Umsetzung eines schon länger gehegten Planes zu forcieren: die Fusion der vielen Potsdamer Genossenschaften. Sekundiert wur-



ABV:

Hausbuch Nr. 8555

3

Potsdam (Ort) — Kolonie Daheim (Straße oder Platz) — 7 (Nr.)

Hausbesitzer oder -Verwalter Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft „Daheim"

Beauftragter Hubert

Eröffnet am 15. 12. 52 Abgeschlossen am

Dieses Buch enthält 64 Seiten

3. Durchführungsbestimmung

zur Meldeordnung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. September 1951 über die Einführung von Hausbüchern

§ 1

§ 2

§ 3

§ 4

§ 5

Berlin, den 6. November 1952

Ministerium des Innern
Stoph
Minister

de der Rat der Stadt vom Prüfverband der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften. Der wandte sich im Januar 1976 an die aufmüpfigen Genossenschaftler: „Wir vertreten den Standpunkt, dass die Vielzahl der GWG in Potsdam sich auch nachteilig auf die ordnungsgemäße Durchführung des Reparaturprogramms auswirkt und zu einer Verzettelung der Kapazitäten führt." Allen Ernstes sieht der Verband nicht in der Knappheit von Material und Leistungen das Problem, sondern in der Eigenständigkeit der Genossenschaften. „Auch die eigenen Anstrengungen, die Reparaturdurchführung durch eigene Handwerker bzw. Feierabendtätigkeit zu organisieren, erreichen nicht den Wirkungsgrad, der bei einer zahlenmäßig großen Genossenschaft gegeben wäre."

Die Geschichte hat kein gutes Ende: Die Baukapazitäten wurden erst Jahre später wieder aufgestockt, die Fusionspläne scheiterten an den großen Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften: Die hatten weder Bedarf noch die Kraft, die kleinen Genossenschaften mit ihren schadhaften Wohngebäuden ins Schlepptau zu nehmen.

Hilfe und Selbsthilfe

Selbsthilfe, Eigenverantwortung, Solidarität – alle diese Begriffe sind bis heute eng mit der Tradition des Genossenschaftswesens verbunden. Hierzu zählt auch das Wort „Eigenleistung“.

Schon mit der Errichtung der ersten Wohngebäude hatten die Mitglieder des Siedlungsvereins Aufgaben für die Gemeinschaft zu übernehmen. So gab es in jedem Haus einen Vizewirt, der im Haus den Vorstand vertrat. Er agierte ehrenamtlich im Auftrage der Genossenschaft und sorgte für die Einhaltung der Hausordnung, regelte die Nutzung der Waschküche, sorgte für Ordnung und Sauberkeit im Haus und auf dem Hof. In der Regel wurde das Amt herumgereicht und jeder Haushaltsvorstand im Haus war jeweils für ein Jahr in der Funktion tätig. War das Jahr um, gab er das Amt an einen Nachbarn weiter. Manche Vizewirte wurden durch Abstimmung der Hausbewohner gewählt, mitunter für eine längere Amtszeit. Der Vizewirt koordinierte auch die gemeinschaftlich zu leistenden Arbeiten, so zum Beispiel das regelmäßige Auspumpen der Abortgruben.

Seit der Zeit der Trümmerbeseitigung in der Siedlung erhielten die Eigenleistungen einen traditionellen Platz im Alltag der Siedlung: 20 Arbeitsstunden praktischer und nützlicher Tätigkeiten hatte jedes Mitglied pro Jahr für die Genossenschaft zu leisten. Was bei der Daheim schon lange Tradition war, wurde mit dem Beginn der 70er Jahre landesweite Pflicht: Die Nationale Front der DDR machten die genossenschaftlichen Eigenleistungen zu einer Regel, die in allen Genossenschaften gelten sollte. Solche Regelungen flankierten republiksweite Kampagnen wie „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“

Natürlich gab es all die Jahre reichlich zu tun: So reinigten Genossenschaftler regelmäßig die Dachrinnen ihrer Wohngebäude selbst, was ein durchaus nicht ungefährliches Unterfangen war. Zwei- oder dreimal jährlich fand man sich zur gemeinsamen Pflege der Außenanlagen zusammen. In gemeinschaftlicher Arbeit wurden einige Stalldächer neu gedeckt, wenn auch nur mit Wellasbest. Die Wasser-

Eine der abenteuerlichen Dachrinnenreinigungen durch die Mieter, ca. 1980

leitungen für die Gärten wurden neu verlegt. Aber bei aller Mühe und allem Fleiß: Eine systematische Instandhaltung und die längst überfälligen Instandsetzungen konnten die Freizeitarbeit der Genossenschaftler nicht ersetzen.

Der Selbsterhaltungsdrang der Genossenschaftler erlahmte mit den Jahren. Schon seit den siebziger Jahren konnte man die Verpflichtung zur Eigenleistung auch mit Geld ablösen. Inzwischen war es auch üblich geworden, sich Instandhaltungsmaßnahmen in der eigenen Wohnung auf die 20 jährlichen Stunden Eigenleistung anrechnen zu lassen. Spätestens ab Mitte der 90er Jahre galt diese Art des genossenschaftlichen Miteinanders ohnehin als nicht mehr zeitgemäß. Einmal abgeschafft, geriet es alsbald in Vergessenheit.

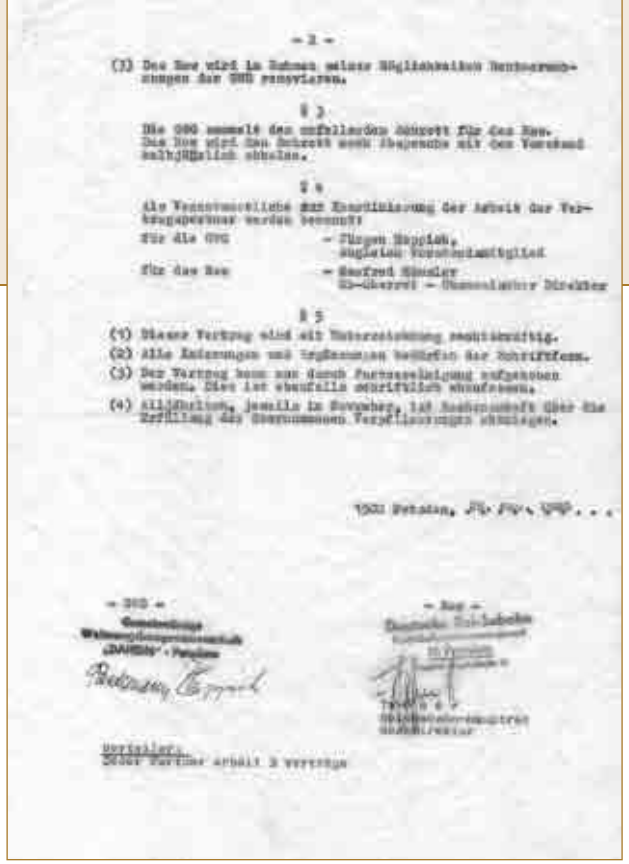
Erhalten geblieben sind jedoch Reste der Vize-Wirtschaft. Noch immer erbringen die Bewohner und Mitglieder der Daheim Leistungen, die in anderen Genossenschaften von Hausmeistern oder Fremdfirmen erbracht werden.

Beziehungen sind alles

Mit den 80er Jahren verschärfte sich die Situation in der Bauwirtschaft. Mit höchster Anspannung betrieb man das Wohnungsbauprogramm der SED, mit dem man bis 1990 die „Wohnungsfrage als soziale Frage“ gelöst haben sollte. Und so bauten die Bezirksbaubetriebe in Berlin und die Kreisbaubetriebe in den Bezirkshauptstädten während überall Material und Ressourcen noch knapper wurden.

In dieser Situation wurden die Handwerkerleistungen und die Baumaterialien, die der Rat der Stadt der Genossenschaft alljährlich zustand, nicht üppiger. Daher war jede Hilfe willkommen. Und die kam vom Reichsbahnausbesserungswerk. Obwohl nur noch wenige der Mitglieder der Genossenschaft bei der Bahn arbeiteten, waren die Beziehungen zwischen Werk und Kolonie noch immer eng. Und so erneuerten das RAW und die Genossenschaft ihre engen Bande und schlossen eine praktische Vereinbarung: Das Werk hilft der Genossenschaft mit der Bereitstellung von Material und Handwerkerleistungen, die Genossenschaft hilft dem Werk bei der Wohnraumversorgung. Ob der Deal wirklich legal war, sei dahin gestellt. Immerhin war das RAW der sogenannte Trägerbetrieb der weit größeren Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft „Friedrich Engels“. Offenbar reichte dies aber für die Wohnraumversorgung der Eisenbahner nicht aus, zumal der andere Trägerbetrieb der „Friedrich Engels“, die Volkspolizei der DDR, sicher bessere Argumente hatte, um ihre Mitarbeiter mit Wohnungen zu versorgen als das RAW.

Mitte bis Ende der 80er Jahre kam es dann doch noch zu substantiellen Instandsetzungen. In einer landesweiten Kampagne machten SED, Nationale Front und die staatliche Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend mobil. Die Losung hieß simpel: „Dächer dicht!“ Davon profitierte auch die Daheim. Gut die Hälfte aller Dächer der Siedlung erhielten in den Jahren 1988/1989 wenn schon kein neues, so doch wenigstens ein dichtes Dach. In der Regel wurden die Dächer umgedeckt: Aus drei Häuserdächer machte man zwei, das dritte wurde dann wirklich erneuert.

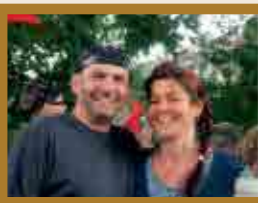


Die Wohnungsbelegung erfolgte standardmäßig über den Rat der Stadt. Die Genossenschaft fand jedoch immer wieder Wege diesen Zwang zu umgehen. Oben: der Vertrag mit dem RAW.

Die Aktion für dichte Dächer konnte den Untergang der DDR vielleicht aufhalten, nicht aber verhindern: Als die Wende kam, waren die Wohnungen der Daheim regulär ohne Bad und die Toilette lag eine Treppe tiefer. Es ist heute noch für viele erstaunlich: Alte Mietquittungsbücher belegen, dass die Mieten von 1989 bis auf den Pfennig genau noch die gleichen waren, wie sie auch schon im Jahr 1934 gezahlt wurden.

1994 lebt die Tradition der Siedlungsfeste wieder auf.

Sommerfest „auf der MS Daheim“, 2011



Senioren-Weihnachtsfeier 2011 und 2012 in der Wiesenbaude

Die Genossenschaft im vereinigten Deutschland

Mit der Wende begann ein neues Zeitalter, das wie kein anderes zuvor über unendlich viele Möglichkeiten der Sanierung oder Modernisierung verfügte und über ebenso viele Möglichkeiten der Finanzierung.

Aber auch diese Zeit hatte ihre Haken: In den Grundbüchern waren sämtliche Grundstücke der Daheim mit dem Vermerk versehen, dass die „Königlich-Preußische Eisenbahn“ über ein Rückkaufrecht verfügt. Dieser Umstand hatte zur Folge, dass die Genossenschaft nicht kreditfähig war und somit nicht über finanzielle Mittel für eine umfassende Sanierung und Modernisierung verfügen konnte. Für derart belastete Grundstücke gibt es für gewöhnlich keine Kredite.

Aus diesem Grund kam es dann zunächst zu umfangreichen Mietermodernisierungen. Um die neuen bautechnischen Angebote nutzen zu können, griffen die Genossenschaftler zur Selbsthilfe: Etwa die Hälfte der Wohnungsnutzer bauten ihre Wohnungen in Eigenregie um und statten sie mit Gasheizungen und Bädern aus. Entsprechend den damaligen Förderrichtlinien wurde zwischen der Stadt, dem Wohnungsnutzer und der Genossenschaft eine Fördervereinbarung abgeschlossen. Einen Teil der Investitionen übernahm die Stadt, mit einem Zuschuss pro Wohnung von 50% der Baukosten, maximal jedoch 5.000 DM. Die derart entstandenen Heizungen und Bäder sollten bei Auszug des Mitglieds in den Besitz der Genossenschaft übergehen, aber so lange der Nutzer in der Wohnung wohnen bleibt, sollte er allein für die Instandhaltung und Reparatur der selbst eingebauten Einrichtungen verantwortlich sein. Im Gegenzug war die Genossenschaft verpflichtet, für die Dauer des Mietverhältnisses daraus keine Mieterhöhung abzuleiten.

Der Weg der individuellen Modernisierung half, den Standard der Wohnungen schnell zu verbessern. Er führte auch zu dem Phänomen, dass die betreffenden Wohnungen gut ausgestattet sind, dieser Standard aber nicht mietenwirksam wird. Daraus resultieren noch heute die teilweise erheblichen Unterschiede in den Kaltmieten.

Seit 2007 werden in vielen Häusern obere Wohnungen und die Dächer zu Maisonettewohnungen umgebaut.

Nach erfolgreichen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG als Rechtsnachfolger der Königlich-Preußischen Eisenbahn konnten die Grundbücher im Jahr 1995 bereinigt werden. Die Deutsche Bahn AG stimmte einer Streichung ihres Rückkaufrechtes aus den Grundbüchern ohne finanzielle Gegenleistung zu. Damit war der Weg für weitere Investitionen durch die Genossenschaft geebnet.

Die nunmehr unbelasteten Grundstücke taugten als Sicherheit für einen Kredit in Höhe von 1,5 Millionen Mark, der die Sanierungsmaßnahmen der Genossenschaften stimulierte. Zügig wurden durch die Genossenschaft 90 Wohnungen mit Gasheizungen und Bädern ausgestattet. Die Steigleitungen für Gas, Wasser, Abwasser und Strom wurden erneuert. Damit waren 1996 bereits 98 % der Wohnungen der Genossenschaft im Inneren modernisiert. Im Zuge der Erneuerung der Steigestränge wurden ab dem Jahr 2000 alle Hausflure malermäßig instandgesetzt und sämtliche Kellerfenster erneuert.

2

Haus Nr. 2 nach der Errichtung, im Zustand bis 2010 und heute mit wiederhergestellter Fassade

Herausgeputzt

Ab dem Jahr 2007 konnte die Sanierung der Außenfassaden in Angriff genommen werden. Dazu gehörte die Trockenlegung des Kellermauerwerks, die Erneuerung des Außenputzes, die Erneuerung der Gehwege zu den Hauseingängen und auf den Höfen und die teilweise Neueindeckung der Dächer. Auch das leidige Problem der Überschwemmung der Höfe durch die Dachentwässerung wurde umfassend durch die Schaffung von Regenwasserversickerungsanlagen gelöst.

All diese Maßnahmen erfolgten unter Nutzung noch vorhandener Unterlagen unter denkmalgerechten Aspekten. Denn die Siedlung steht schon lange unter Denkmalschutz, was deren Sanierung nicht leichter und schon gar nicht preiswerter macht.

Dafür erstrahlt die Siedlung wieder in ihrer historischen Schönheit.

Angesichts des relativ geringen Bestand an größeren Wohnungen und die erhöhte Nachfrage danach hat sich der Vorstand im Jahr 2007 entschlossen, bei entsprechender Nachfrage oder beim Freiwerden einer Wohnung im Obergeschoss das darüber liegende Dachgeschoss als zusätzlichen Wohnraum auszubauen. Durch diesen vereinzelten Ausbau der Dächer entstand zusätzlicher Wohnraum als attraktive Maisonette-Wohnungen mit vier und auch fünf Räumen.

Zum 120. Geburtstag der Genossenschaft ist die Modernisierung weit fortgeschritten: 60% der Fassaden sind heute saniert und 70% der Fenster wurden erneuert. Gleichwohl gibt es für die Zukunft noch einiges zu tun.

Die Genossenschaft verfügt noch über größere Flächen Bauland, teils auf den Flächen der im 2. Weltkrieg zerstörten Häuser und auf noch vorhandenen Flächen entlang der Straße, die für eine frühere Bebauung vorgesehen waren. Die Bebauung dieser Flächen mit neuen Wohnhäusern ist zwar in absehbarer Zeit nicht vorgesehen, aber nach Abschluss der vollständigen Sanierung des Bestandes und der Verfügbarkeit von ausreichendem Eigenkapital wird sicher auch über eine Erweiterung der Siedlung nachgedacht werden.

oben: Haus Nr. 9/10 vor und nach der Sanierung
unten links: gepflegte Hausgärten am Haus Nr. 10
unten rechts: Blick in die Kolonie Daheim,
vorn Haus Nr. 37

Luftaufnahme vom 7. Juni 2014
Foto: Dirk Laubner

Daheim bleibt Daheim

Die Geschichte der Siedlung Daheim ist eine bewegte. Sie ist reich an feierlichen Höhepunkten, an Dramen und tragischen Momenten, aber auch an Absonderlichkeiten und Kuriositäten. Wie auf einer Insel haben die Siedler Jahrzehnte lang gelebt und sich ein eigenes Gemeinwesen geschaffen: Sie waren die allerersten, die in Potsdam eine Genossenschaft gründeten. Sie waren die ersten, die ihre eigenen Wohnhäuser beziehen konnten. Sie waren die ersten, die einen eigenen Konsum hatten. Früher als andere hatten sich die Siedler eigene Möglichkeiten geschaffen, um ihren Mitgliedern zusätzliche soziale Sicherheiten zu bieten. Sie entwickelten eine eigene Tradition heimatlicher Feste.

Durchstreift man die Geschichte der Siedlung, besichtigt man die längst vergessenen Vorgänge und kaum leserlichen Protokolle, dann muss man mitunter an das kleine Dorf der Gallier denken, in dem sich Asterix und die Seinen erfolgreich gegen die Römer wehrten. Gegen deren Legionäre, die sich überall als unbesiegbar erwiesen, behauptete die kleine gallische Gemeinde ihr Gemeinwesen. Eine störrische Insel inmitten der römischen Brandung, die feste Burg Daheim.

Wie bei Asterix, so auch im wirklichen Leben: Natürlich gingen die nationalen Stürme, die europäischen Kriege und die weltweiten Erschütterungen nicht ohne Wirkung an der Siedlung und an ihren Bewohnern vorbei. Sie haben die Insel umspült und mitgerissen, überflutet und mit Sturm überzogen und in jener Bombennacht im April 1945 auch ins Mark getroffen.

Was das Auf und Ab der großen Geschichte nicht zerreißen konnte, war der Gemeinschaftssinn der Siedlungsbewohner und ihre Beständigkeit. Mark für Mark haben sie ihr Erspartes in die Genossenschaftskasse gegeben, um mitten in der Heide Wohnhäuser zu bauen. Buchstäblich mit den eigenen Händen haben sie nach 1945 jene Wohnungen wieder aufgebaut, die irgendwie noch zu retten waren. Und buchstäblich mit den eigenen Händen, altem oder geborgten Werkzeug, mit erkämpften oder auch „orga-

nisierten“ Material haben sie ihre Häuser über die Jahrzehnte des Mangels gerettet. Bis in jene Zeit, da eine systematische Instandhaltung und Reparatur der Bausubstanz wieder möglich war.

In einigen Jahren wird die Sanierung der Wohngebäude der Daheim beendet sein. Die Wohnungen sind dann bautechnisch gesehen wie neu, modern ausgestattet und liegen in Häusern, die auch wegen ihrer konzentrierten Schönheit unter Denkmalschutz stehen. Wie es aussieht, ist es auch mit der Insellage bald vorüber: Dringend notwendiger Wohnraum soll zwischen der Siedlung und der Heinrich-Mann-Allee entstehen. Ist die Bebauung einmal fertig, dann werden mehr Menschen in unmittelbarer Nachbarschaft wohnen als bisher. Potsdam wird noch näher heranwachsen an die Grenzen der Daheim, ganz sicher wird sich die Infrastruktur verändern und auch die Verkehrsanbindung.

Ob das die Eigenheiten der Siedlung in Frage stellen wird? Müssen wir fürchten, dass das gallische Dorf an der Nuthe nun doch noch im römischen Aremorica der Potsdamer Verwaltung untergeht?

Ganz sicher nicht! Denn das, was die Siedlung hat und deren Bewohner sich erhalten haben, kann man ihr nicht nehmen: Redet man heute über die Eigenheiten der Daheim, dann ist die Rede von den niedrigen Mieten, vom handgemachten grünen Umfeld, von der Kleinteiligkeit und auch Tiefgründigkeit der Sanierungen, von der Nähe zwischen Bewohnern und Verwaltung und natürlich den Siedlungsfesten der Genossenschaft. All diese Tugenden machen die Siedlung zu einer Insel in der Stadt Potsdam. Und natürlich bleibt auch die besondere Lage der Siedlung am Rande der Nutheaue, die bis heute dafür sorgt, dass man mit einem Besuch der Daheim selbst echte Potsdamer zum Staunen bringen kann.

Auch wenn die Siedlung neue Nachbarn bekommt und Potsdam der ehemals fast eigenständigen Siedlung viel näher kommen wird als bisher, kann man sicher sein: Die Daheim wird die Daheim bleiben.

Impressum

Herausgeber: WBG „Daheim“ eG
Kolonie Daheim 1, 14473 Potsdam

Redaktion und Text: Carsten Hagenau
Recherchen: Klaus-Dieter Zeh, Carsten Hagenau
Bildnachweis: Die Bilder entstammen wenn nicht anders gekennzeichnet dem Archiv der WBG Daheim bzw. wurden von den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.
Satz, Layout, Repro: Norbert Haftka, Haftka.Grafik
Druck: Das Druckteam, Berlin

Redaktionsschluss: 5. Dezember 2014

Luftaufnahme vom 7. Juni 2014
Foto: Dirk Laubner

Kolonie Daheim.

Was durch Bombenterror ward vernichtet,
wir haben es wieder neu errichtet.
Das Haus stand als Ruine lange Zeit,
Wind und Wetter waren dauernd bereit,
was noch brauchbar war, zu vernichten.
Doch froh kann ich Ihnen berichten:
Das war einmal, es ist vorbei,
das Haus, es ist schon beinah wieder neu.
Ob Arbeiter, Maurer, Zimmermann,
ein jeder packte kräftig an,
zu zeigen in dieser schweren Zeit,
daß er zum Aufbau ist bereit.

Nachdem der Bau nun ist gerichtet,
Haben wir nicht drauf verzichtet,
Ihm mit einer Krone zu schmücken,
um dadurch unsere Freude auszudrücken.
Der Bau soll weiter wachsen und gedeihen,
ein jeder soll sich daran freuen,
Dem Fortschritt sei das Haus geweiht,
Es erlebe eine lange Friedenszeit!

Zum Schluß heb ich mein Glas empor
und stimmet alle ein im Chor:
Das Haus, das Haus, es soll leben,
und alle am Bau Beteiligten daneben.
Es lebe hoch, hoch, hoch !
Das Glas soll nun zerspringen
Und Glück und Segen bringen.

Nun ist es aus,

Es lebe das Haus !

Zur Erinnerung an den Tag des Richtefestes, Haus 8 der Kolonie Daheim am 19.Mai 1960.

Dipl.-Ing. W. Erxleben KG
Hochbau - Stahlbetonbau
Bohrpfahlgründungen
Baugrunduntersuchungen